

VOLKS-TRIBÜNE.

Social-Politisches Wochenblatt.

Die „Berliner Volks-Tribüne“ erscheint jeden Sonnabend früh. — Abonnements-Preis für Berlin monatlich 50 Pfg. pränumerando (frei ins Haus). — Einzelne Nummer 15 Pfg. Durch jede Post-Anstalt des Deutschen Reiches zu beziehen. (Preis vierteljährlich 1 Mk. 50 Pfg.; eingetragen unter Nr. 850 der Zeitungspreisliste für das Jahr 1888.)

Redaktion und Expedition:
S. O. (26). Cranien-Strasse 23.

Inserate werden die 4spaltige Petit-Zeile oder deren Raum mit 20 Pfg. berechnet. — Vereins-Anzeigen: 15 Pfg. Arbeitsmarkt: 10 Pfg. — Inseraten-Aufnahme in der Expedition: Cranien-Strasse 23.

Ausgabe für Expeditoren:
„Merkur“ Zimmer-Strasse 54.

Nr. 30.

Sonnabend, den 28. Juli 1888.

II. Jahrgang.

Die Alters- und Invalidenversicherung der Arbeiter. — Das Vetorecht in republikanischen Staaten. — Novelle. — Politische Nachrichten.

An der Schwelle der Reichstagswahl. — Das Wissenswerthe für Reichstagswahlen. — Flugblätter während der Wahlzeit. — Haben die Arbeiter und Handwerker Vortheile von den technischen Umwälzungen des letzten Menschenalters gehabt? — Kapital und Arbeit.

Miscellen. — Gewerkschaftliches. — Kleine Mittheilungen. — Vereine und Versammlungen.

Aufforderung zum Abonnement.

Die „Berliner Volks-Tribüne“ erscheint jeden Sonnabend früh in Berlin und sucht in gründlichster Weise alle auftauchenden politischen und wirtschaftlichen Fragen vom

sozialistischen Standpunkte

aus zu beleuchten.

Gerade heute, wo das Vereinsleben der Arbeiter gänzlich darniederliegt, erscheint uns ein Wochenblatt, wie das unfrige als ein unentbehrliches Aufklärungsmittel des Volkes.

Wir bitten alle Freunde unseres Blattes, recht eifrig für die weitere Verbreitung der

„Berliner Volks-Tribüne“

einzutreten.

Bei Bestellungen in Berlin wende man sich stets direkt an die Expedition. Dieselben liefern die „Berliner Volks-Tribüne“ für 50 Pfennige monatlich jeden Sonnabend Morgen frei ins Haus.

Der Verlag der „Berliner Volks-Tribüne.“
Berlin S. O., Cranienstr. 23.

Der Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Alters- und Invalidenversicherung der Arbeiter.

Das Quittungsbuch, das der „Gesetzentwurf“ ganz so wie die „Grundzüge“ beibehalten hat, ist wie schon in der vorliegenden Nummer dieses Blattes ausgeführt worden, eine große Gefahr für die Arbeiter, da es ohne jeden Zweifel von vielen Unternehmern und Unternehmer-Verbänden zum Bezeichnen mißliebiger Arbeiter benutzt werden wird, um die Arbeiter zu boykotten.

Der Boykott der Unternehmer gegen Arbeiter erstreckt sich bekanntlich weit über die Grenzen hinaus, die der § 152 der Reichsgewerbeordnung als erlaubt bezeichnet.

Wir wollen nichts dagegen sagen, wenn zur Zeit eines Lohnkampfes und so lange dieser dauert, jede Partei die gefährlichen Waffen gebraucht, die ihr erreichbar sind. Da ist eben jede Verabredung zum Aussperren, Ausschließen und Absperren erlaubt und darf also von beiden Seiten gebraucht werden.

Die Unternehmer setzen aber diese Maßregeln auch noch fort, nachdem der Kampf um die Arbeitsbedingungen beendet ist. Ob sie gesiegt haben, ob sie unterlegen sind, wenn der Streik beendet ist, selbst wenn ein feierlicher und förmlicher Friede geschlossen ist, dann beginnen sie den Boykott gegen die Arbeiter, dann macht sich ihre rohe Rache ans Werk. Selbst wenn sie feierlich und mit Ehrenwort versprochen haben, es sollen keine Maßregeln stattfinden, bemerkt man einige Zeit darauf wie die Führer der Bewegung aus der Arbeit entlassen werden, und zuweilen wunderbarer Weise überall, wo sie sich am Orte um Arbeit hinwenden, wieder abgewiesen werden. Sie können sich das Anfangs nicht erklären, bis man sie darauf aufmerksam macht, daß ihre Entlassungszettel mit Nadelstichen oder sonst wie gezeichnet sind.

Wir können eine ganze Reihe solcher beglaubigter und erwiesener Fälle anführen. Es ist von den Innungsorganen geradezu zugestanden, daß sie die Quittungs-

bücher als Arbeitsbücher gebrauchen wollen. Wir erinnern nur an die auch in diesem Blatt vor einiger Zeit mitgetheilte Notiz der zünftlerischen „Baugewerkszeitung“. Die „Kreuzzeitung“ sprach sogar die Befürchtung aus, daß Beseitigung der Berufsgenossenschaften in dem Gesetzentwurf dahin führen könnte, daß das Quittungsbuch seinen Charakter als Arbeitsbuch verliere. Dieses heuchlerische Blatt behauert dies natürlich im Interesse der Arbeiter, die dann nicht mehr so leicht nachweisen können, wie lange sie in einem Betriebe beschäftigt gewesen sind.

Diese Befürchtungen des Muder-Junker-Blattes sind leider unbegründet. Die Regierung hat das durch Herrn von Boetticher mit einer gewissen Feierlichkeit im Reichstage gegebene Wort nicht eingelöst. Er sagte:

„Ich weiß, daß die Arbeiter sich gegen das Quittungsbuch sträuben; ich will aber hier gleich aussprechen, daß wir nicht beabsichtigen, dem Quittungsbuch den Charakter eines Arbeitsbuches zu geben.“

Herr von Boetticher erhöhte die Feierlichkeit dieser Erklärung noch dadurch, daß er mit einigem Pathos an die Ehrenhaftigkeit der Arbeiterführer appellirte, damit diese seine beruhigende Erklärung auch weiter unter den Arbeitern verbreiten. Nun, wir haben es gethan in Wort und Schrift, aber Herr von Boetticher hat sein Wort nicht eingelöst. Er konnte es wohl nicht, weil ihn ein früher gegebenes Wort band. Er hatte 1884 im Frühling den Großindustriellen versichert: Wir arbeiten nur in Ihrem Interesse und werden nicht aufhören in Ihrem Interesse zu arbeiten! Der Charakter des Quittungsbuches als Arbeitsbuch ist aber im Interesse der Unternehmer, deshalb konnte das Interesse der Arbeiter nicht gewahrt werden.

Ja, es sind sogar die Garantien gegen den Mißbrauch des Quittungsbuches, die die Grundzüge vielleicht gaben, im Gesetzentwurf noch abgeschwächt.

Im § 36 der „Grundzüge“ heißt es:

Eintragungen oder Bezeichnungen, welche ein Urtheil über die Führung, die Arbeitsleistung des Inhabers oder anderer Personen enthalten, sind unstatthaft.

Freilich § 46 ließ auffallenderweise schon die „Bezeichnungen“ wieder fallen, er stellte nur die „Eintragungen“ unter Strafe; es wäre aber nach § 36 noch immer der Austausch eines mit „Bezeichnungen“ versehenen Buches vorgeschrieben gewesen.

Anderer der „Gesetzentwurf.“ Er verbietet nur „Eintragungen“ im § 85. Bezeichnungen sind also durch das absichtliche Fortlassen ihres Verbotes geradezu gestattet.

Sonst ist Alles beim Alten geblieben. Der Unternehmer klebt die Marken ein und entwerthet sie, hat also zu solchen „Bezeichnungen“ Gelegenheit hinlänglich. Er kann ganz offen Nadelstiche, schiefe Abstempelung, auffällige Stellung der Marken je nach der Natur des Materials und nach den zu kennzeichnenden Mißthaten des Arbeiters anwenden, um mißliebige Arbeiter zu kennzeichnen und zu boykotten.

Der natürliche Charakter des Quittungsbuches als Arbeitsbuch braucht nicht näher erwiesen zu werden. Man wird aus demselben Alles erkennen können, was in dem Arbeitsbuche der „jugendlichen Arbeiter“ steht.

Doch halt! da sagt § 87 des Gesetzentwurfes: es kann durch gewisse Behörden bestimmt werden, daß für diejenigen Arbeiter, welche einer, um es kurz zu sagen, Zwangs-Krankenkasse angehören, die Beiträge durch diese Kassen eingezogen, durch die Kassenvorstände die Quittungsmarken eingeklebt und entwerthet werden können. Für die Mitglieder freier Hilfskassen oder für solche Personen, die keiner Krankenversicherung unterliegen, soll dieses die Gemeindebehörde besorgen können.

In diesem Falle wäre scheinbar die Möglichkeit genommen, das Quittungsbuch als Arbeitsbuch oder als Kennzeichnung zu benutzen. Abgesehen davon, daß diese Einrichtung nur eine Ausnahme sein soll, die wahrscheinlich, da sie dem Interesse der Unternehmer widerspricht, nicht oft zur Anwendung kommen wird, wäre damit in der Praxis auch nicht viel gebessert. Die Vorstände der

Betriebs- (Fabriks-), Bau-, Innungs- und Knappschaftskassen sind von den Unternehmern so abhängig, ja es sind bei den Betriebs- (Fabriks-) und Bau-Kassen die Unternehmer selbst, daß dadurch das Kennzeichnen nicht und auch die Charakterisirung des Quittungsbuches als Arbeitsbuch nicht beeinträchtigt wird. Das Quittungsbuch würde, wie jetzt das Kassenbuch der Zwangskassen der Krankenversicherung, in der Regel in Verwahrung des Betriebsunternehmers bleiben, so lange der Arbeiter bei ihm in Arbeit steht. Die Gelegenheit, „Bezeichnungen“ anzubringen, wie es bei den Krankenkassenbüchern öfters vorgekommen ist, würde sich auch hier also reichlich bieten. Auch die Quittungsbücher der den freien Kassen angehörigen Arbeiter deren Krankenkassenbücher der Unternehmer in der Regel nicht in die Hand bekommt, würde der Unternehmer aufbewahren, denn er zieht ja den Beitrag des Arbeiters ein, und müßte ihn an die Gemeindebehörde mit den betreffenden Büchern abliefern, auch die Bücher wieder in Empfang nehmen.

Für die Arbeiter wäre dadurch also gar nichts gebessert. Es wäre selbst durch häufige Anwendung des § 87 keine Garantie geschaffen, daß das Quittungsbuch nicht zum Kennzeichnen der Arbeiter benutzt wird. Der Arbeiter hat zu einem großen Theil der Unternehmer (es giebt nicht viele Ausnahmen) kein Vertrauen und kann keines zu ihnen haben. Er hat zu vielfältig böse Erfahrungen gemacht und seitdem die kleinen Meister besonders in den Innungen zur Vergewaltigung der Arbeiter mit Kunst und vieler Mühe herangezogen und herangebildet werden, seit dem sie durch Konventionalstrafen und Ehrenwort sich dort zum Boykotten der Arbeiter verbinden und auch ehrenhafte Meister zu ihrem arbeiterfeindlichen Treiben zwingen dürfen, seitdem muß dem Arbeiter jedes Vertrauen verloren gegangen sein.

Dieses Quittungsbuch macht die ganze Alters- und Invalidenversicherung den Arbeitern unannehmbar. Es würde sie ihnen auch dann unannehmbar machen, wenn nicht das den Arbeitern gebotene so unendlich winzig und ungenügend, so schablonenhaft wäre. Sie werden diese Einrichtung in dieser Form nie als eine Wohlthat, sondern als eine aufgelegte Last, als ein Joch betrachten.

Von den Wünschen der Arbeiter ist also sogar der dringendste und berechtigteste, der für welchen ihnen Berücksichtigung zugesagt war, nicht erfüllt worden. Dagegen zeigt der Gesetzentwurf ein weitgehendes Entgegenkommen gegen alle Wünsche der Großindustriellen.

Sie haben gewünscht, daß die Rente der Arbeiterinvaliden nicht erhöht werde, da sie unmöglich wünschen konnten, daß sie noch erniedrigt werde. Sie ist nicht erhöht worden. Es wurde allseitig anerkannt, die Leistung, die die Alters- und Invalidenversicherung bietet, ist ganz ungenügend, aber von keiner Seite wurde gefagt, es solle mehr gegeben werden. Einzelne schüchterne Versuche unter der Form von „Verbesserungsvorschlägen“ sind höchstens gemacht, durch andere Gruppierung der Zahlen das Schaugericht etwas ansehnlicher zu machen, ohne es im Wesen zu verbessern. Das Arbeitsbuch, worauf die Unternehmer ausgesprochenenmaßen Gewicht legen, ist gegen den einstimmigen Widerspruch der Arbeiter geblieben.

Aber die Verwaltung des Ganzen ist nach dem Sinne der Großindustriellen geändert, sehr zum lebhaften Aerger und Bedauern der Zünftler und ihrer junkerlichen und muckerlichen Bundesbrüder.

Die Berufs-genossenschaften sind aus dem Gesetze beseitigt.

Die Verwaltung ist dadurch aber weder einfacher noch besser geworden.

Die Versicherungsanstalten lehnen sich an die Kommunalverbände (Kreise, Provinzen) an. Den Vorstand bilden ernannte Beamte, natürlich mit den notwendigen Papier- und Tinte-Verbrauchs-Einrichtungen, Schreibereien, Kassirern, Rendanten, Kontrolleuren, Gehälfen, Vertretern u. s. w. u. s. w., alle befoldet und pensionsberechtigt, höher wie die invaliden Arbeiter. Das gehört

einmal dazu und ist unter den bestehenden Verhältnissen fast unvermeidlich.

Man nimmt an, daß für Beamte, Tinte und Papier, Schreibstaben und Schreibgeräth eine ganze Anzahl Millionen Mark daraufgehen wird.

Die Arbeitervertretung ist wie in den „Grundzügen“ angegeben war, beibehalten, so vollkommen wesentlich und ungenügend, wie sie möglich ist nach dem Grundsatze des Herrn Windhorst, daß Arbeiter nur unter dem Vorherrschen eines „Unternehmers mit eiserner Faust“ tagen dürfen. Die Arbeitervertretung dieses „Gesetzentwurfes“ vertritt die Arbeiter so wenig als die Arbeitervertretung der Unfallversicherung.

Schiedsgerichte sind wie bei der Unfallversicherung vorgesehen. Sie haben aber auch noch insofern eine Verschlechterung erlitten, daß dem Andrängen der Unternehmerverbände, den Arbeitern das Beschwerdeführen zu verfallen, Rechnung getragen ist. Es ist in § 59 Abschnitt 6 bestimmt:

Das Schiedsgericht ist jedoch befugt, den Vertheiligten solche Kosten des Verfahrens zur Last zu legen, welche durch unbegründete Beweisangebote derselben veranlaßt sind.

Der Ausdruck „unbegründeter Beweisanspruch“ ist an und für sich ein sonderbarer. Wir denken, ein unbegründeter Antrag wird überhaupt von vorne herein zurückgewiesen. Der ganze Abschnitt giebt aber dem Schiedsgerichte das Recht, dem Arbeiter Kosten aufzulegen und zwar in letzter Instanz ohne weitere Berufung.

Das Reichsversicherungsamt, die einzige Einrichtung der Unfallversicherung, die sich des Vertrauens der Arbeiter erfreute, es ist zu einer vollkommen unwirksamen Rechnungsbehörde hinabgedrückt, die für die Arbeiter gar keinen Werth mehr hat. Dadurch ist auch dem Wunsch der Großindustriellen Rechnung getragen, die bekanntlich diese Behörde aus den Gründen hassen, aus welchen sie sich des Vertrauens der Arbeiter erfreut. Das Reichsversicherungsamt kann nach dem „Gesetzentwurf“ nur einschreiten, wenn 5 besonders namhafte gemacht ganz grobe Verstöße gegen jede Form der Prozedurordnung gemacht sind; wenn das Schiedsgericht nicht vorschriftsmäßig besetzt war; wenn ein Mitglied in demselben saß, das durch Gesetz auszuschließen war; wenn ein Mitglied im Schiedsgericht saß, das wegen Befolgung der Befehlsbefugnisse hätte abgelehnt werden müssen; wenn eine Partei nicht vorschriftsmäßig vertreten war, und wenn die Entscheidung nicht mit Gründen versehen ist.

Man sieht, auf lauter äußerliche Förmlichkeiten beschränkt sich hier die Entscheidung des Reichsversicherungsamtes. Das ist ein gewaltiger Eingriff in die erfreuliche Wirksamkeit dieser Behörde. Ohne dieselbe wäre die Unfallversicherung schon lange eine todte Form ohne Inhalt. Wenn die Schiedsgerichte der Unfallversicherung in letzter Zeit mehr arbeiterfreundlich entschieden, so ist dies nur die Folge, wir möchten sagen die Reflexwirkung, der Entscheidungen des Reichsversicherungsamtes. Fällt dieses fort, so werden die Schiedsgerichte auch ganz anders entscheiden.

Wir sehen also überall, keine: auch nicht die geringste Verbesserung der Grundzüge zu Gunsten der Arbeiter finden wir im Gesetzentwurf. Die ungenügende Rente ist geblieben, das Arbeitsbuch ist geblieben, die Wartezeiten sind noch, wenn auch unwesentlich erhöht, dagegen ist die ganze Verwaltung den Wünschen der Großindustriellen entsprechend geändert.

Wir wollen auf den ganzen Verwaltungsapparat nicht näher eingehen, da besonders dieser im Reichstage viele Anfechtungen und auch Umgestaltungen erfahren wird. Darüber, daß den Arbeitern nicht mehr geboten werden kann, daß mit der gebotenen Wenigkeit alles „praktisch Erreichbare“ getroffen ist, damit dürfte bis auf die wenigen

Arbeitervertreter wohl Alles einverstanden sein. Weniger zu bieten ist auch kaum möglich. Also § 1 bis 26 finden im Reichstage sicher rührendes Einverständnis aller „staats-erhaltenden“ Geldbeutelvertreter, mit kleinen Vorposten-Gesetzten bei diesem und jenem untergeordneten Punkte; dann aber bei § 27 wüthender Kampf der feindlichen reaktionären Brüder; Abstimmungen, die vom Zufall abhängen und bald hier, bald dahin schwanken; endlich Nachspruch der Regierung, Umfallen der Mannesseelen, allgemeine Einigung und Jubelsturm, bei der nur die Arbeiter weinen. Dies aber erst in etwas fernerer Zeit, denn beileben wird man sich nicht und wir haben auch keinen Grund besondere Eile zu wünschen. Dieses Gesetz läßt die Arbeiter kalt wie nie ein anderes vorher.

Wir haben nur das Arbeitsbuch von ihm zu fürchten, zu hoffen Nichts!

Das Vetorecht in republikanischen Staaten.

Die erste Verfassung, welche die französische Revolution dem Könige abzwang, beließ diesem das Recht des Vetos. Sein Einwand machte die Beschlüsse der Nationalvertretung ungültig.

Die der neuen Ordnung feindliche Camarilla am Hofe Ludwig XVI. bewog diesen, sein Recht so oft zu mißbrauchen und den Fortschritt der Gesetzgebung durch seine Vetos in dem Maße zu hindern, daß es tiefe Erbitterung im Volke erregte. Der König wurde spottweise „Monsieur Veto“ genannt und unter den Ursachen, welche zum Sturz des Königthums führten und Louis schließlich den Kopf kosteten, war die des Mißbrauchs seiner Einspruchsgewalt nicht die mindeste.

Im Jahre 1787, als die Konstitution der Vereinigten Staaten angenommen wurde, hatte man allerdings diese Erfahrung noch nicht gemacht, aber die Kolonisten wußten bereits ein Lied von der Veto-Bill für zu singen, denn in der Unabhängigkeitserklärung heißt es: „Er (der König von England) hat seine Genehmigung den heilsamsten und nothwendigsten Gesetzen für die allgemeine Wohlfahrt verweigert. Er hat seinen Statthaltern verboten, Gesetze von unaufschiebbarer und dringender Wichtigkeit rechtskräftig zu machen, oder er hat ihre Wirkung suspendirt, bis seine Genehmigung dazu erlangt war. Er hat sich geweigert, andere Gesetze zu zweckmäßiger Einrichtung ausgedehnter Distrikte zu genehmigen.“

Man sollte nun glauben, daß die Amerikaner dadurch gewarnt worden wären und in dem von ihnen selbst geschaffenen Staatswesen einer einzelnen Person eine derartige Gewalt nicht eingeräumt haben würden. Aber die Geschichte scheint wirklich nur dazu da zu sein, daß die Leute nicht aus ihr lernen.

Anstatt sich die freien Volksgemeinden der Schweiz oder ähnliche öffentliche Ordnungen im Alterthume zum Muster zu nehmen und eine reine Demokratie zu schaffen, verfaß man den neuen Staatswagen mit gewaltigen Bremsen gegen den Volkswillen, wovon die zwei hauptsächlichsten das erneuerte „Herrenhaus“, der Bundes-Senat, und die Vetogewalt des Präsidenten waren.

Theoretisch läßt sich dieses Einspruchsrecht eines Einzelnen gegen den Willen einer Mehrheit der gesetzgebenden Körperschaft nicht begründen. Denn es ist widersinnig, anzunehmen, daß dieser einzelne Mann (noch dazu der Zufalls-Kandidat einer Partei) mehr Intelligenz haben soll, als einige hundert Gesetzgeber zusammen. Damit gäbe man das Prinzip der Demokratie überhaupt auf.

Das Vetorecht ist eben ein Ueberbleibsel und nur unter der Fiktion statthaft, daß mit dem Amte auch übermenschliche Weisheit sich einstellt. Es ist also vernunftswidrig in einer Republik.

Die Verfassung der Vereinigten Staaten gewährt freilich dem Präsidenten nur ein bedingtes Veto. Erhebt er Einspruch gegen einen Beschluß des Kongresses, so kann dieser Einwand durch eine Zweidrittel-Mehrheit der beiden Häuser beseitigt werden. Er hat allerdings Gründe für seine Weigerung anzugeben, aber Gründe sind bekanntlich billig wie Brombeeren, wenn man sie haben will.

Dieser Zustand müßte beseitigt werden durch die Revision der Verfassung im Sinne der reinen Demokratie. Die Veto-Gewalt gehört dem Volke, nicht den Gouverneuren und Präsidenten, und die Schweiz hat gezeigt, wie sie praktisch ausgeübt werden kann.

Man darf aber ja nicht glauben, daß die beiden Kapitalisten-Parteien, oder eine von ihnen, dazu in Amerika die Hand reichen werden. Das verbietet ihnen die soziale Lage. Jeder Fortschritt im Sinne der Demokratie muß dem arbeitenden Volke zu Statten kommen und das können diese vom Geldsack unterjochten Parteien nicht wollen. Es kommt also bei gelegentlichen Auflehnungen gegen die Präsidialgewalt nichts heraus, als eine unfruchtbare Häßerei.

Der dritte Stand hat sich seine politische Konstitution nach seinem Bedürfnis zugeschnitten und da er damals schon fühlte, daß hinter ihm verdächtige Gestalten standen, so war er nicht säumig, Barrieren gegen sie aufzuwerfen. Jetzt, da sich aus jenen Vorposten ein vierter Stand, die Arbeiterklasse, entwickelt hat, wird jener sich erst recht hüten, diese „Schutzmauer“ niederzureißen.

Die Revision der Vereinigten-Staaten-Verfassung, einschließlich der Beseitigung des Vetos und seines Inhabers, wird also der siegreichen Arbeiterklasse vorbehalten bleiben.

Politische Nachrichten.

600 000 sozialdemokratische Stimmen, es war bekanntlich ein ganzes Stück mehr, die liegen den Kartellbrüdern schon lange im Magen und das Blatt des sogenannten freisinnigen Jobberthums, das „Berliner Tageblatt“ läßt sich durch diese Zahl auch die Freude an den segensreichen Wirkungen des Sozialistengesetzes, das es übrigens mit unwesentlichen Änderungen beibehalten sehen will, vergällen. Die noblen Brüder haben sich den einen eigenen Trost zurecht gelegt. Sie meinen, es ist ganz ausgeschlossen, daß all die 600 000 auch überzeugungstreue Sozialdemokraten wären. Den Teufel merkt bekanntlich das Völkchen nie „und wenn er sie am Kragen hätte.“ Sie sehen keine Reaktion trotz Puttkammer und sie täuschen sich vor: ach was! das sind ja gar keine Sozialdemokraten! Der Vogel Strauß, wie er im Buche steht! Na, es ist ja möglich, daß gute und echte Kartellbrüder von den schamlosen Kriegslügen, von den rohen Bedrohungen der Fabrikpächter, durch welche sozialdemokratische Arbeiter gezwungen wurden, Kartellbrüderlich zu wählen gegen ihre Ueberzeugung, von den Ungefährlichkeiten, welche angewandt wurden, um die Arbeiter an Versammlungen zu verhindern, angeekelt und entrüstet, für den Arbeiterkandidaten gestimmt haben, viele werden es aber nicht gewesen sein. Die nationalliberale Moral ist vor solchen Schwachheiten ziemlich sicher. Jedenfalls stehen die 600 000 aber sicherer als die Angstmehrheit des Jahres 1887. Wir glauben nicht, daß die Sozialdemokraten bei einer Nachwahl Stimmverluste zu befürchten haben. Man versuche es doch einmal und lasse eine vollständige Neuwahl vornehmen, bevor ein ähnliches Lügennez wie 1887 mit langer Hand vorbereitet, wieder über das Land gespannt ist! Soviel ist sicher, die 600 000 werden wieder auf dem Plage sein und sich wahrscheinlich statisch vermehrt haben. Wir werden schon jetzt ja im

[Nachdruck verboten.]

Die Tauben.

Von Curt Baake.

Elise Bahler ist Kragnenählerin. Sie ist achtzehn Jahre alt und wohnt bei Frau Sabel in der Kraußstraße in einer neugebauten Miethskaserne. Für neun Mark monatlich hat sie der Wittve eine leere Stube abgemietet, eine einfenstige Mansardenstube, von der aus sie auf die Dächer der gegenüberliegenden, alten und niedrigen Häuser herabsehen kann. Am Fenster steht die Nähmaschine... eine alte Wheeler-Wilson, die Elisens Mutter noch auf Abzahlung gekauft hat, und die das werthvollste Stück in der Dache des Mädchens bildet.

Beinahe mit Ehrfurcht behandelt sie die Maschine. Die stählerne Platte, über welche die Arbeit läuft, ist spiegelblank, und das Dellkännchen steht auf dem Fensterbrett in der Ecke, damit es gleich bei der Hand ist, wenn es gebraucht wird. So eine Maschine hat ihre Tücken; wochenlang läuft sie glatt und schnurrt, daß es eine wahre Freude ist, der eiserne Arm, der die Nadel trägt, zuckt peilgeschwind auf und nieder und jagt die Stiche in die Leinwand. Mit einem Male bekommt die Maschine es satt, sich treten zu lassen: sie stellt die Arbeit ein, die Räder wollen nicht von der Stelle, alle Augenblicke reißt der Faden, die Spule springt heraus und rollt fort, die Zähne, welche den Stoff fassen und weiterschieben, scheinen stumpf geworden zu sein, und die kaum eingesehte, neue Nadel bricht mitten entzwei. Es ist zum Verzweifeln. Elise muß die Schrauben lösen und sehen, wo der Fehler liegt, und Stunden können vergehen, bis sie ihn entdeckt und den nichtswürdigen Staub und die schändlichen Faserchen beseitigt hat, die sich gerade in die feinste Stelle des Mechanismus festgesetzt haben.

Elise hustet: auch in ihre Lungen fliegt der Staub, der sich von der appetitlichen Leinwand und dem Spiring löst. Das Krummstücken taugt ihr nichts; sie weiß es, denn zuweilen fühlt sie Stiche und Schmerzen in der Brust, und sie muß sich aufrichten und eine kleine Pause machen. Aber dann geht es wieder weiter; die Kragen richten sich nicht von selber vor, und wenn sie am Sonnabend nicht liefert, kann sie sehen, wovon sie satt wird.

Im nächsten Winter werden es zwei Jahre, daß Elisens Mutter an der Schwindsucht gestorben ist. Die Waise ist ganz auf sich selbst angewiesen, ihr Vormund, der Herr Registrator Kriebler, kümmert sich nicht viel um sie, und Verwandte besitzt sie nicht. Sie geht ihren Weg allein.

Die Möbel im Zimmer gehören ihr; sie braucht nicht auf Schlafstelle zu ziehen und hat sogar ein eigenes Bett. Die Federn sind allerdings schon alt und in Klumpen zusammengebacken, die Kissen sind dünn, die Ueberzüge und Laken verschliffen und ausgebeißert, auf dem Strohsack liegt es sich hart, aber Elise ist es gewöhnt. Der Mutter Betten waren besser, aber sie mußten verkauft werden, wenn sie ein anständiges Begräbniß haben sollte. Krankheit und Tod sind nicht billig.

Wenn Elise täglich vierzehn Stunden arbeitet, verdient sie zehn bis zwölf Mark in der Woche. Sie kommt damit aus, aber sie lebt schlecht. Zwischen gerade noch satt werden und halb verhungern verläuft ihr Leben. Vielleicht verhungert sie wirklich, nur geschieht es so langsam, daß sie es nicht merkt. Oder ist es die Krankheit, die im Geheimen an ihrem Körper frisst? Sie ist so mager, wie ein Sperling im Winter. Auf ihren schmalen, weißen Händen tritt blaues Adergeflecht hervor und setzt sich über die dünnen Gelenke fort, die wie Glas durchsichtig und zerbrechlich aussehen. Wenn sie beim Waschen

halbverstoßen ihren jungen Körper betrachtet, erschrickt sie selber über ihre kleinen, unentwickelten Mädchenbrüste.

Der Kassenarzt, bei dem sie war, als der Husten immer schlimmer wurde, hat ihr Medizin verschrieben und ihr gerathen, oft spazieren zu gehen. „Sie müssen viel und kräftig essen“, hat er hinzugefügt. Und als Elise über diese Verordnung lächelte, die sie doch nicht innehalten kann, hat er mit den Achseln gezuckt und gemeint: „Thun Sie für Ihre Ernährung, soviel wie sie können. Ich wünschte, ich könnte Ihnen täglich ein Pfund Rindfleisch und eine Flasche Tolarer verschreiben, aber wo käme die Kasse dann hin? Das Einzige, was ich für Sie thun kann, wäre, Sie in's Krankenhaus zu schicken, da ist die Nahrung wenigstens besser...“ Aber das wollen Sie wohl nicht? Elise hatte lebhaft mit dem Kopf geschüttelt.

In's Krankenhaus! Der Gedanke an den großen Krankenfaal mit den vielen Betten und den Kranken darin, rechts, links, überall, wie er ihr geschildert worden, ist schon schrecklich. Und Elise will auch ihren Platz am Fenster ihres Mansardenstübchens nicht aufgeben. Sie liebt diesen Platz.

An's Sterben denkt sie überhaupt nicht; so arg wird es nicht gleich sein. Sie nimmt pünktlich Medizin, und statt des Kaffees trinkt sie früh Milch. Besser wäre es ja, wenn sie Mehlsuppe essen würde, aber sie bringt sie nicht herunter, und ihre Zubereitung auf dem einflammigen Petroleumlöcher, Elisens ganze Küche, ist auch zu unständlich und nimmt zu viel Zeit von der Arbeit fort.

Es ist ein Sonntagmorgen in den letzten Tagen des März. Obgleich es eben erst drei von der Martinskirche geschlagen, hat Elise doch schon Kaffee getrunken. Auf dem Fensterbrett macht sich die große, leere Tasse breit, in der nur noch brauner Zichorienjag geblieben ist,

sechsten Berliner Wahlkreise eine kleine Probe auf das Exempel machen!

Die Beschäftigung von Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeitern bei der Anfertigung sogenannter Präservativs und anderer zu gleichem Zwecke dienender Gegenstände in Fabriken wird für das deutsche Reich durch den Bundesrath untersagt.

Die Unfall- und Krankenversicherung für die in Land- und forstwirtschaftlichen Betrieben beschäftigten Personen in Baden tritt mit dem 1. Oktober 1888 und in Bayern und Sachsen mit dem 1. Januar 1889 in Kraft.

In den Tagen vom 11. bis 14. Juli fand in Kopenhagen unter großer Theilnahme der diesjährige Kongress der dänischen Sozialdemokraten statt, bei welchem ein großes Anwachsen der Partei in Dänemark konstatiert wurde.

Die Pächterausweisungen auf den Bundeleur'schen Gütern in Irland wurden zu Anfang dieser Woche fortgesetzt. Mehrere Pächter leisteten wiederum heftigen Widerstand. Sie hatten ihre Gehöfte verbarrikadirt und empfangen die eindringenden Gerichtsvollzieher mit Steinwürfen und Strahlen lodenden Wassers. Schließlich mußte die Polizei mit gefälltem Bajonnet zum Angriff schreiten. Die Gehöfte wurden erstürmt und mehrere der Inassen mußten in's Gefängniß wandern.

Amerikanismus und Volksbildung. Als Spanien 134 000 Priester und 80 000 Mönche und Nonnen zählte, da kam auf 76 Landeseinwohner ein Geistlicher, aber erst auf 912 Köpfe eine Schule. Im Kirchenstaat erhielten im Jahre 1869 nach einer von den Pfarrgeistlichen veranstalteten Jählung 14 057 Knaben und 11 868 Mädchen Schulunterricht, und doch konnte unter 100 Leuten nur ein einziger Lesen, während auf je 33 Einwohner schon eine geistliche Person kam. In Belgien, wo die Priester so zahlreich sind wie Sand am Meer, konnten nach dem Censur vom 31. Dezember 1866 von 4 827 833 Einwohnern nur 2 279 001 schreiben, die Mehrzahl aber nur überaus nothdürftig ihren Namen unterzeichnen. Im priesterreichen Oesterreich konnte 1869 von den Soldaten der Armee nicht der zehnte Mann Lesen. Unter den 10 000 Kaiserjägern im gläubenshaften Tirol konnten die Unteroffiziere abgerechnet, nur 46, sage sechshundvierzig, schreiben. So war, nach der „Post. Ztg.“ die Volksbildung beschaffen, wann und wo die Geistesfreiheit über die Schule gebot.

In welcher Weise der Kulturreichthum von Niederländisch-Indien, in welchem etwa 40 Millionen Eingeborene leben, von einer Handvoll holländischer Kolonialatoren — es wohnen deren nur 12 000 auf Java — ausgebeutet wird, davon geben die folgenden Zahlen einen Begriff. Der Werth der Ausfuhr betrug im Jahre 1885 die gewaltige Summe von nahezu 650 Millionen Gulden, wovon 300 Millionen auf den Antheil des Staates und 350 Millionen auf den Antheil der großen Handelshäuser im Königreich der Niederlande entfielen. Die berühmten Zinngruben von Banca und Billeton ergeben einen jährlichen Reingewinn von 5—6 Millionen. Daß ein so gewaltiger Reingewinn nicht auf dem gewöhnlichen Wege des Handels möglich ist, sondern nur in Folge einer herzlosen Ausbeutung der eingeborenen Bevölkerung, wird jeder vernünftige Mensch einsehen.

In Afrika scheinen sich ganz merkwürdige Dinge vorzubereiten, die dem Aufstand im Süden vielleicht eine ganz unerwartete Wendung geben. Nach den neuesten Nachrichten gewinnt es nämlich immer mehr den Anschein, als ob der deutsche Dr. Schnitzler, alias Emin Pascha,

den man schon für verloren hielt, sich auf dem geraden Wege nach dem Derwischneste Chartum befindet. Taktische Leute haben übereinstimmend mit einander seinen Namen genannt, von der Anwesenheit weißgezügelter Bewaffneter gesprochen und das Gebiet des Gazellenflusses als den gegenwärtigen Anhalt der vorwärts bringenden Wanderer bezeichnet. Gleichzeitig lassen die Meldungen, trotz ihrer afrikanischen Verworrenheit, die Thatsache erkennen, daß sich die Völkermassen längs des weißen Nils im Süden von Chartum in hellem Aufstande befinden, daß der kühnen Schaar unter Emin's Führung einzelne Stämme zulaufen, um an den Kämpfen gegen die Anhänger des „Chalifen“, des Führers der Aufständischen, Theil zu nehmen, und daß es vor allem die gefürchteten Vaggara sind, welche offen Partei gegen den Nachfolger des Mahdi und die Derwische ergriffen haben. Von Stanley, der Emin Pascha „entsetzen“ wollte und darum eine waghalsige Forschungsfahrt vom westlichen Theil des schwarzen Erdtheils aus begann, hat seit Monaten jede Kunde aufgehört.

Zeitungsconfiskation. Konfiszirt wurde seitens der Hamburger Polizei die Nr. 14 des „Korrespondenz-Organ der Vereinigung der deutschen Maler, Lackierer, Anstreicher und verwandten Berufsge nossen“ (Druck und Expedition von M. Ernst in München).

Konfiskation. In München wurde eine Broschüre, welche die „Justizmorde und Andere in Bayern“ behandelt, konfiszirt. 1000 Exemplare waren bereits ausgegeben, und zirka 2000 Stück fanden sich noch vor.

Kolalabreibung. Mainz, 24. Juli. Eine auf gestern Abend von Seiten einiger Mitglieder der hiesigen Arbeiterpartei einberufene Versammlung zur Besprechung des Statuten-Entwurfs für die Errichtung eines gewerblichen Schiedsgerichts (I) mußte unterbleiben, weil die Wirthe, in deren Lokal die Versammlung abgehalten werden sollte, nachträglich die Abhaltung dieser Versammlung nicht gestatteten — natürlich auf eigenen Antrieb.

Von dem im großen Breslauer Sozialisten-Prozess Verurtheilten haben am vergangenen Sonntag die letzten acht Mann ihre Gefängnisstrafe angetreten. Die Familien der nun ihrer Arbeit entzogenen Männer sehen einer Zeit schwerster Noth entgegen.

Der „große“ rheinische Sozialistenprozess will der Elberfelder „N. Pr.“ zufolge nicht zu Stande kommen. Fortwährend finden neue Vernehmungen statt. Mehrere beschuldigte Personen sind bis heute noch nicht vernommen worden.

Zum Stuttgarter Geheimbunds-Prozess. Schreiner Gutekunst wurde am vorigen Freitag Abend nach 87 tägiger Untersuchungshaft aus dem Gefängniß entlassen. In Haft befanden sich noch die Herren Altenthaler, Fischer und Gbly. Die Untersuchung richtet sich auf Theilnahme an einer geheimen Verbindung, sowie Verbreitung verbotener sozialdemokratischer Schriften.

Aus Altona wird gemeldet: Der nächste Sozialistenprozess findet am 3. August gegen 27 Personen statt. Die Anklage ist wegen Geheimbündelei erhoben. — Am 3. August findet bekanntlich auch in Berlin die Verhandlung gegen Karl Linnés, Jakob und Genossen statt.

Herr Cesar Schindler, Meyerstraße 43, Hof 2 Treppen, ersucht alle diejenigen unparteiischen Zeugen, welche bei seiner Verhaftung am 18. März am Landsbergerplatz zugegen waren, ihre Adressen bei ihm abzugeben.

Sämmtliche Maurer Berlins, die noch im Besitze von Sammelkassen zur Deckung der Verteidigungskosten für unsere im Konkursprozess angeklagten Kollegen sind, werden gebeten, so schnell wie möglich an nachbenannte Personen diese Kassen abzuliefern. Diese Personen sind: Karl Ralte, Köllnerstr. 10, v. 3 Tr. bei Rolle; Karl Wagner, Admiraistr. 38, 2 Tr.; F. Grothmann, Bernauerstr. 76, v. 1. Keller.

Eine Verhaftung von 8 Personen fand am Dienstag Abend in Berlin in einem Lokal der Mantelstr. 32 statt; unter den Verhafteten befanden sich u. A.: der Schuhmacher Schubert, der Tapezierer Kant, der Maurer Schulz, der Arbeiter Brunsch u. i. w. Am nächsten Morgen wurden deren Wohnungen behausucht. Freilassung ist, wenn wir recht berichtet sind, unterdeß erfolgt. — Donnerstag Abend 7 Uhr wurde beim Heraustritt aus Pappe's Restaurant am Heinrichsplatz der Möbelpolierer Brokmann nach der Wache führt und bis 9 Uhr dabegehalten. Gefunden wurde ein Notizbuch und eine Jahresabrechnung, also nichts Gemeingefährliches.

Polizeilich aufgelöst wurde in Berlin die Mitglieder-Versammlung des Hochvereins der Kohrleger am Sonntag, den 22. d. M. Bei der Behandlung eines wissenschaftlichen Gegenstandes

hatte der Vortragende, Dr. Wille, u. a. etwa folgende Sätze geäußert: „Unbuddhamkeit gehört zu den sittlichen Leiden der Gegenwart; auf religiösem Gebiete sind wir allerdings buddhamer als das finstere Mittelalter, jedoch politischen Ueberzeugungen gegenüber noch höchst unbuddham. Und wenn nun gar die politische Unbuddhamkeit in das Gesetz bringt, so ist dies ein schwerer sittlicher Schaden.“ Bei diesen Worten löste der überwachende Beamte die Versammlung auf. Der Vorstand wird, wie verlautet, wegen der Auflösung Beschwerte einlegen.

Nicht genehmigt wurde eine öffentliche Schneider-Versammlung, welche am Montag, den 30. d. M., in Berlin stattfinden sollte, um das „Wesen und Wirken der Schneiderinnung“ zu beleuchten, die am Dienstag mit großem Pomp ihr 600 jähriges Stiftungsfest zu feiern gedenkt. Bei dieser Gelegenheit wollen die Meister natürlich tüchtig für sich Beklame machen, besonders durch Herausgabe einer Denkschrift dem großen Publikum die Augen blenden. Die Arbeiterversammlung am Montag, für die Herr Zäterow als Referent bestimmt war, hätte diesen schönen Plan wahrscheinlich recht unangenehm durchkreuzt und so haben vorerst nur die Meister das Wort. Wir sagen vorerst, denn ohne Antwort wird es ja doch kaum abgehen.

Bereine und Versammlungen.

Die Maurer Berlins sind nun mit voller Kraft wieder in die Lohnbewegung eingetreten. Am 19. d. M. tagten sie in der Tonhalle, wo folgende Resolution zum Beschluß erhoben wurde:

„Die heutige außerordentliche Generalversammlung der Maurer Berlins und Umgebend erklärt sich mit den Ausführenden sämtlicher Redner einverstanden, dahin gehend, Akkord- und Sonntagsarbeit mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln zu besetzen und überall da, wo von morgen ab der Stundenlohn von 50 Pf. nicht gezahlt und der zehnstündige Arbeitstag nicht inne gehalten wird, einmüthig die Arbeit einzustellen, die Baupolizei zu verhängen und die Kommission auf schnellstem Wege zu benachrichtigen.“

Diese Resolution wurde mit überwältigender Majorität angenommen. Dienstag und Donnerstag fanden wieder große Versammlungen statt. Am Dienstag äußerte Herr Fiedler: Der Verlauf der Arbeitseinstellung sei ein glänzender. Herr Grothmann konstatierte, daß auch ohne eingelaufene Berichte das Resultat der Arbeitseinstellung ersichtlich ein überaus günstiges ist. Zu Tausenden hätten die Maurer die Arbeit eingestellt, und namentlich sprach Herr Grothmann den jungen Kräften den Dank aus dafür, daß sie sich so energisch an der Bewegung theilhaftig haben. In Ruhe und größter Ordnung sei die Bewegung zu Ende zu führen, um Jedermann und namentlich den Innungsmeistern zu zeigen, daß die Arbeiter Bildung besitzen. Zur Annahme gelangte folgende Resolution: „Da unsere Bewegung eine gute ist, möge die Versammlung beschließen, alle in der „Tonhalle“ gefaßten Beschlüsse voll und ganz aufrecht zu erhalten.“ Das Streikbureau befindet sich vorerst Neuhofstraße 10 bei Scholz. Meldungen und Mittheilungen auch an die Herren Fiedler, Oberbergerstr. 13, Kuno, Wisnadenstr. 36, Schmidt, Gartenstr. 68, Grube, Bellealliancestr. 54, Kurz, Kulinstr. 25, Reine, Roststr. 45, Guth, Pragerstr. 43, Starke, Elisabethstr. 64, Gench, Andreadstr. 4, Sydow, Grenadierstr. 32, Müller, Dypelnerstr. 3, Wandowatz, Rahmannstr. 9 oder Schulze, Frankenstr. 8.

Der Verein zur Wahrung der Interessen der Klavier-Arbeiter hielt am 21. d. M. eine gut besuchte Mitglieder-Versammlung in Gradow's Bierhallen (Komanndantenstraße) ab. Der angekündigte Vortrag des Herrn Dr. Huber hatte die polizeiliche Genehmigung nicht erhalten und fiel deshalb aus. Aus der Abrechnung vom Maskenball ging hervor, daß derselbe einen Ueberschuß von 507 M. 40 Pf. ergeben hat. Diese Summe wurde dem Krankenunterstützungsfonds zugewiesen. Den Hamburger streikenden Tischlern wurden weitere 100 Mark vom Vereinsvermögen bewilligt. Ferner wurden mehreren kranken Mitgliedern Unterstützungen bewilligt.

Aufruf. Arbeiter aller Branchen, die Ihr einmüthig für die Petition gegen die Quittungsblätter eintraten, die in dem Entwurfe einer Alters- und Invalidenversicherung in Aussicht genommen sind, an Euch ergeht hiermit der Aufruf, nun die seit langer Zeit in Umlauf gesetzten Petitionsbogen so schnell als irgend möglich zusammen zu bringen. Dieselben müssen rechtzeitig an den Reichstag abgesandt werden. Sendet die Petitionslisten an Herrn Wilhelm Müller, Postenstr. 25 v. 4 Tr. bei Stamer; oder an Herrn Franz Wilms, Steinwegstr. 71 v. im Keller, an Herrn Julius Wagner, Ritterstr. 122 v. 5 Tr.; F. Rißke, Oberbergerstraße 9 v. 4 Tr. ab. Dieselben werden dann die Listen sofort an mich gelangen lassen. C. Schöch in Magdeburg.

und ein kleiner Teller mit ein paar Kuchenkrümeln steht daneben. Des Sonntags Nachmittags läßt sich Elise immer für zwei Groschen Kapstuchen, den sie besonders gern isst, aus der Konditorei holen. Sie will auch das Leben genießen.

Eben hat sie noch in dem gelben Heft gelesen, das jetzt zugeklappert auf ihrem Schooße ruht. Woran es nur liegen mag? Heute ist es ihr ganz gleichgiltig, ob der Ritter Kunibert seine Geliebte, die ihm die Hefe von Dlmüt im Spiegel gezeigt, aus den Händen der Zigeuner reiten wird, oder nicht. Gewiß ist das schöne Wetter draußen schuld, daß ihr die Geschichte langweilig vor- kommt, und sie das Heft zugeschlagen hat. Welch lieber, freudiger Sonnenschein verklärt diesen Frühlingstag.

Elisens Blick schweift träumerisch über die funkelnden Schieferdächer der gegenüberliegenden Häuser. Die Schornsteine im Umkreis sind alte Bekannte von ihr. Die Mehrzahl allerdings ist ausdruckslos, armes Gefindel, gleich und ohne Unterschied wie das Elend; mürrisch hocken sie auf ihren Dächern, haben alle ein Brett an der Seite, auf dem der Schornsteinfeger monatlich einmal entlang balancirt, und sehen ruhig und grämlich aus.

Aber auf einem Hinterhause taucht ein komischer Gesell auf; er ist ganz dünn, wie eine Stricknadel, und auf dem Haupte trägt er eine sonderbare Blechhaube. Auf diese Mütze scheint er stolz zu sein, besonders heute, wo sie in der Sonne glänzt, als wäre sie neu, und als wisse sie nicht, welches Werk Ruß und Regen schon an ihr verrichtet haben.

Ganz hinten ragt der dicke, runde Fabrikshornstein empor, der in der ganzen Woche schwarzen Rauch ausstößt und auch heute nicht ruht. Elise haßt ihn und blickt den gräulichen Klumpen nach, die aus dem Schlot emporrollen und kerzengerade aufsteigen, als wollten sie den hellblauen Himmel einstoßen. Doch Luft und Sonne sind mächtiger als sie, die Ballen zerfließen, je höher sie klettern, und nichts, nichts bleibt von ihnen zurück.

Am besten gefallen Elisen die zwei alten, baufälligen Essen, die auf dem grauen, niedrigen, Mansarden tragenden Hause dort mit dem schräg abfallenden, alten Ziegeldach sitzen. Es sind ein paar bejahrte Burtschen, aber wenn auch ihre Zigelu oben am Rande ausgebröckelt und zer-morscht sind, und wenn der Wind auch hier und da schon einen halben Stein herausgerissen und in die Dachrinne gerollt hat, so tragen sie diese Beschädigungen doch mit derselben Würde, wie das Alter seine Runzeln. Und sie haben eine so freundliche Weise, ihren Rauch heraus-zuwirbeln, wie Invaliden den Dampf ihrer Stummelpfeifen.

Aus dem einen der beiden Schornsteine steigt eine kleine, blaue Wolke empor. Zegendwo unten im Hause wird noch Kaffee gekocht oder noch ein winterlicher Ofen geheizt. Ein alter Mann sitzt auf dem Dache und lehnt sich mit der Seite an die alte Esse. Nur sein Oberkörper ist sichtbar; seine Füße hängen in die Dachlücke hinab, aus der er herausgellert ist. Elise kennt ihn: es ist ein kleiner Rentier, der ein leidenschaftlicher Taubenliebhaber ist. Noch lag der Schnee in der Dachrinne, da öffnete er schon den Schlag, den er sich eben im Boden eingerichtet hat und ließ sein Volk fliegen. Auch heute schneidet der Schwarm durch die Luft. Er folgt ihm unverwandt mit den Augen, die er mit der Hand gegen die Sonne schirmen muß, und beständig dreht er den Kopf. Sein rothes Schnupstuch hat er an eine Stange gebunden, und wenn das Taubenvolk sich niederlassen will, dann scheucht er es wieder empor.

Elise sieht von dem Kreise, den der Schwarm un-aufhörlich beschreift, nur den halben Bogen, aber sie paßt auf den Flug ebenso scharf auf, wie der Taubenliebhaber dort auf dem Dache. Jetzt taucht die erste Taube auf. Ist sie die schnellste Fliegerin? Nein, ein paar andere schießen an ihr vorbei, und sie verschwindet in dem nach-drängenden Haufen. Silber fliehet in der Luft, wenn die Sonnenstrahlen auf die weißen, glänzenden Schwungfedern

fallen, doch schon sind die Tauben in der Biegung wieder verschwunden, und Elise kann sie nicht mehr sehen.

Sie läßt die Augen sinken und starrt vor sich hin. Wenn sie sich doch auch mit leichter Brust so erheben und hinein in das Sonnenlicht fliegen könnte! Es ist eine wahre Sünde, daß sie heute zu Hause geblieben ist, obwohl der Arzt ihr gesagt hat, sie solle fleißig spazieren gehen. Aber kann sie sich denn in ihrem alten Kleide noch vor Leuten zeigen? Unter dem dünnen Regenmantel, den sie den Winter über getragen, war der Klunker gerade noch gegangen, aber jetzt, wo die Sonne alle Schäden aufdeckt, sieht er zu verblühen und schäbig aus. Nein, erst muß das neue Kleid fertig sein, dann will sie hinaus.

O, Elise ist reich genug, um eitel sein zu dürfen! Aus dem untersten Schube der Kommode holt sie ein kleines Kästchen hervor und schüttet den Inhalt in den Schooß. Wie gern sieht sie sich das Geld an! Es wird gerade so viel sein, daß sie den Stoff und die Zuthaten kaufen kann, und machen wird sie sich das Kleid selber. Sie nimmt die Münzen einzeln in die Hand. Da ist ein silbernes Fünfsmarkstück, so groß wie ein Rad, das legte sie zu unterst auf das Fensterbrett. Dann kommen zwei harte Thaler mit zwei verschiedenen Königen; Elise betrachtet ehrfurchtsvoll das Gepräge und schaut sich fast, auf das Gesicht der einen Majestät ein unbedeutendes Markstück zu legen. Und nun noch ein blankes Fünzig-pfennigstück und zwei kleine, silberne Zwanzigpfenniger, und die große Pyramide ist fertig. Noch einmal betrachtet Elise ihr Werk: das ist alles ihr Geld, ihr erarbeitetes, ihr erspartes Geld! — dann stößt sie sich rasch die Münzen in die kleine Hand und deckt den Schatz mit der Rechten zu. Und wie lustig klingelt das Geld, als sollte es wer weiß was werden, und nicht ein billiges, baum-wollenes Fähdchen!

(Schluß folgt.)

Kongress-Protokoll des zweiten deutschen Zimmerer-Kongresses zu Chemnitz am 14., 15. und 16. Juni 1888, herausgegeben von A. Schulze, Magdeburg-Neustadt, Moldenstr. 25. Auf dem Kongress wurden die für die Arbeiter wichtigen Fragen: Organisation, Abklärung der Arbeitszeit, Stellung der Innungen in der gewerkschaftlichen Bewegung, die Internationalität der Arbeiterbestrebungen von gut vorbereiteten und sehr fähigen Referenten eingehend erörtert und giebt das vorliegende Protokoll eine kurz gefasste, aber doch vollständige Darstellung dieser Referate, die für jeden Arbeiter ohne Ausnahme sehr lehrreich und wichtig sein möchten. Die Darstellung ist in der Sprache leicht verständlich und klar, dabei durchaus sachlich und von eindringender Wirkung. Das Protokoll ist also nicht nur den deutschen Zimmerern, sondern allen Arbeitern, besonders den Fachvereinen und Verbänden, dringend zu empfehlen. Es wird vom Herausgeber auf Einlieferung von 18 Pf. für das einzelne Exemplar dem Besteller portofrei zugesendet. Bei größeren Bezügen verständigt man sich mit dem Herausgeber.

Der Kongress der Schneider Deutschlands findet vom 5.—7. August in Erfurt statt. Tagesordnung: 1. Eröffnung und die damit verbundenen Formalitäten. 2. Bericht der Delegierten über die örtliche und allgemeine Lage des Schneidergewerbes. 3. Die Organisation des Schneidergewerbes und wie stellen wir uns den bestehenden Organisationen gegenüber. 4. Wahl einer Kommission, welche Zeit und Ort des nächsten stattfindenden Schneider-Kongresses zu bestimmen hat. 5. Verschiedenes.

Verband deutscher Mechaniker und verwandter Berufsgeoffen. Laut Bekanntmachung findet der zweite ordentliche Verbandstag am 12. August und folgende Tage in Marburg statt mit folgender Tagesordnung: 1. Bureauwahl. 2. Wahl der verschiedenen Kommissionen. 3. Bericht des Vorstandes und Ausschusses. 4. Statutenberatung. 5. Regelung sonstiger Verbandsangelegenheiten, insbesondere Organisation, Organfrage und Arbeitsnachweis.

Für Steindrucker und Lithographen. Da Herr Splettfischer den Vertrieb der „Graphische Presse“ niedergelegt hat, werden alle diejenigen, welche auf die „Graphische Presse“ abonnieren

wollen, aufgefordert, dies bei Sillier, Krantsstr. 26a, oder bei G. Scheidenreich, Elisenbeth-Platz 43, zu thun.

Fachverein der Tischler. Die Zahlstellen des Vereins befinden sich in folgenden Lokalen: 1. Friedrichsbergerstr. 25 bei Christen. 2. Stalitzerstr. 107 bei Krummhorn. 3. Belle-Alliance-Platz 6 bei Hülscher. 4. Biontschplatz 11 bei Hahn. 5. Mariendorferstr. 5 bei Schmidt. 6. Göbenstr. 15 bei Etlisch. 7. Alte Jakobstr. 38 bei Schumann. Die Zahlstellen sind jeden Sonnabend Abend von 8 1/2—10 Uhr geöffnet; daselbst werden Beiträge von den Mitgliedern entgegengenommen und neue Mitglieder aufgenommen.

Fachverein der Buchbinder und verwandten Berufsgeoffen. Sonnabend, den 28. Juli cr. General-Versammlung im Louisenstädtischen Clubhaus, Annenstr. 16. Tagesordnung: 1. Abrechnung der Matinee. 2. Geschäfts- und Kassenbericht. 3. Wahl des Vorsitzenden resp. Ergänzungswahl zum Vorstand. 4. Verschiedenes und Fragekasten. Quittungsbuch legitimiert.

Verein der Damenmäntel-Schneidergeoffen zu Berlin. Der Arbeitsnachweis für Bügler, Stepper und Zuschneider ist am 15. Juli cr. nach der Niederwallstr. 36 beim Restaurateur Salechke verlegt worden. Die Arbeitsvermittlung ist unentgeltlich und den ganzen Tag geöffnet. — Die nächste Versammlung des Vereins findet am 21. August statt.

Die Kranken- und Begräbniskasse des Vereins sämtlicher Berufsgeoffen, Filiale Berlin I, hält am Sonnabend, den 28. d. M., Abends 8 Uhr, Plumenstr. 78, Restaurant Wollschläger, eine Versammlung ab. Neue Mitglieder, ohne Unterschied des Berufes und Geschlechtes, von 14—45 Jahren, werden in jeder Versammlung, sowie zu jeder Tageszeit beim Vorsitzenden Sasse, Hasenhaide 48, und beim Kassierer Schilling, Koppenstr. 48, aufgenommen.

Vereinigung der Drechsler Deutschlands. Ortsverwaltung „Berlin III“ (für den Ost- und Nordbezirk Berlins.) Versammlung am Montag, den 30. Juli, Abends 8 Uhr, in Seegers Lokal, Grüner Weg 29. Tagesordnung: 1. Vortrag und Diskussion über „Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Werkstätten, in welchen Spezialartikel angefertigt werden.“ 2. Verschiedenes und Fragekasten. — Aufnahme neuer Mitglieder. — Gäste haben Zutritt.

Der Verein der Parquetbodenleger Berlins hält Montag, den 30. Juli, Abends 8 Uhr, bei Jordan, Neue Grün-

straße 28, seine Generalversammlung ab. Tagesordnung: 1. Neuwahl des Vorstandes. 2. Innere Vereinsangelegenheiten. 3. Fragekasten. — Das Quittungsbuch legitimiert. — Das diesjährige Stützungsfest des Vereins findet am Montag, den 13. August, in Hahn's Lokal in der Hasenhaide statt.

Der Vorstand des Berliner Sanitätsvereins für Arbeiter beiderlei Geschlechts macht bekannt, daß derselbe als Vertreter der Naturheilkunde an Stelle des Herrn Hugo Sperling Herrn M. Canig, Neue Schönhauserstraße 7, berufen hat. Die Vertrauensleute des Vereins werden ersucht, den Mitgliedern bei Zahlung der Beiträge von dieser Aenderung Kenntnis zu geben.

Verein Berliner Droschkenkutscher. Die Landpartie nach dem Grunewald findet am Freitag, den 3. August, statt. Billets sind nur im Vereinsbureau, Schützenstraße 58, zu haben.

Das Sommerfest der Kranken- und Sterbekasse des Vereins der Former (E. S. 53) findet am Sonnabend, den 28. Juli, im Berliner Prater, Kottbuscher-Allee 6—9 statt. Das Programm ist ein gut gewähltes. Die Kollegen wie alle Freunde und Bekannte sind zu diesem Feste willkommen. Billets sind beim Komitee an der Kontrolle zu haben.

Der Arbeitsnachweis der Berliner Zimmerer ersucht die arbeitslosen Kameraden, sich im Nachweis, Deutshstraße 10, zu melden, da Arbeit täglich gemeldet. Die Meldung und Einstellung geschieht von Morgens 8 Uhr bis Abends 10 Uhr.

Der unentgeltliche Arbeitsnachweis für Klavierarbeiter befindet sich Waldemarstr. 61, bei Pfister.

Der Arbeitsnachweis des Vereins der Parquetbodenleger Berlins befindet sich bei Herrn Schubert, Postmannstraße 14, und werden daselbst zuverlässige Parquetleger verlangt.

Briefkasten.

Leser. Wir kommen in der nächsten Nummer auf den Artikel der „Deutschen Volkswirtschaftl. Korr.“, den wir bereits aus der „Nordd. Allg. Ztg.“ kannten, zurück. „Verdiffene sozialdemokratische Propaganda“ genannt zu werden, sind wir übrigens schon gewöhnt. Verschiedene Vereinsberichte mußten wegen Raummangels zurückbleiben.

Weiss- und Bairisch-Bier-Lokal, Frühstück-, Mittag- u. Abendtisch empfehle bestens
Gustav Tempel,
Breslauerstrasse 27.

Glaserei und Bildereinrahmung, Bilderverkauf v. A. Bebel, Gruppenbildern, Cassalle und Marx, in Oel und Schwarzdruck, Pendant. Neu: Cassalle! Präsident d. Allg. deutsch. Arbeitervereins. Aufträge nach außerhalb werden prompt besorgt.
A. Scholz,
Wrangelstraße 32.

E. Kuntze, Stalitzerstr. 18. (Zum lustigen Stiefel) empfiehlt seinen reichhaltigen und kräftigen Frühstück- u. Mittagstisch mit Bier 50 Pf. Abendtisch nach Auswahl zu soliden Preisen.

Cigarren u. Tabake reichhaltiges Lager von
C. Klein,
15. Mitterstraße 15.
Daselbst Zahlstelle der Gürtler u. Bronceure (E. S. 60.)

Weiss- u. Bairisch-Bier-Lokal, Frühstück-, Mittag- und Abendtisch, von A. Grewling,
119. Mantuffelstraße 119.
Ein Vereinszimmer ist zu vergeben. „Volkstribüne“ liegt aus.

Elegante Herrengarderoben. Bestellungen nach Maß werden prompt und sauber zu soliden Preisen ausgeführt. Ebenso habe ich bestellt, aber nicht abgeholte Anzüge und Paletots sehr billig zu verkaufen.
A. Schwarz, Schneidermeister,
Stalitzerstraße 125 im Laden.

Restaurant zur Einigkeit. Allen Freunden dieses Blattes empfehle mein
Weiss- und Bairisch-Bier-Lokal sowie guten Frühstück- und Mittagstisch.
Robert Nürnberg,
Anklamstr. 49.

Buchhandlung und Buchbinderei von R. Kohlhardt,
Brandenburgstraße 56,
empfiehlt sich zur Anfertigung jeder Buchbinderarbeit, sowie zur Lieferung sämtlicher wissenschaftlicher Werke und Zeitschriften. Abonnements auf die „Berliner Volks-Tribüne“ werden stets entgegen genommen.

Allen Männern der Arbeit empfehle mein
Weiss- u. Bairisch-Bier-Lokal.
W. Haugk, Weinstraße 22.

Königsberg i. Pr. Abonnements für die „Berliner Volks-Tribüne“ übernimmt
Frau Godau, Polnische Gasse 10.

Achtung! Meinen Freunden und Genossinnen empfehle mein
Lübener und anderen Biere. Auch mache ich auf mein Lokal aufmerksam.
W. Sasse,
Bergmannstraße 17.

Internationale Bibliothek
Verlag von J. S. W. Diez, Stuttgart.
Mit den nunmehr vollendeten
Band VI.: August Bebel, Charles Fourier. (Preis elegant gebunden M. 2,50)
Band VII.: Max Schippel, das moderne Elend und die moderne Uebersättigung. Zur Erkenntnis unserer sozialen Entwicklung. (Preis eleg. geb. M. 2,—)
ist die erste Serie abgeschlossen.
Die zweite Serie beginnt mit einem reich illustrierten Werke über die französische Revolution von Wilhelm Bloß. Die Ausgabe erfolgt hier alle vierzehn Tage in Heften zu 20 Pf. Zu beziehen durch die
Expedition des „Berliner Volksblatt“, Zimmerstraße 44.

Möbel-, Spiegel- u. Polsterwaaren-Magazin
von
Julius Apelt, Sebastianstraße 27-28.
Reelle Waare. Prompte Bedienung.

Die seit 1877 bestehende, weitbekannte
Uhrenfabrik
von
Max Busse
157. Invaliden-Strasse 157,
neben der Markthalle,
verkauft jetzt **sämtliche Uhren zu bedeutend herabgesetzten Preisen.** Für jede Uhr wird reelle Garantie geleistet.
Grosse Abschlüsse mit Pforzheimer und Hanauer Fabrikanten ermöglichen derselben Firma den Verkauf von
Gold-, Silber-, Granaten- u. Korallenwaaren
zu fabelhaft billigen Preisen.
Spezialität: Ringe.
Reparaturen an Uhren und Goldsachen werden auf das Gewissenhafteste ausgeführt.

Zentralkrankenkasse der Maurer, Steinhauer etc.
(Grundstein zur Einigkeit.)
Verlässliche Verwaltung Berlin I.
am Sonnabend, den 4. August,
im Konzerthaus Sandsonci, Köthenerstr. 4 a.
Großes Sommerfest,
verbunden mit Konzert, Ball und Gesangs-Vorträgen unter gütiger Mitwirkung des Gesangs-Vereins Brennabor. Anfang des Konzerts Nachmittags 5 Uhr. Die Kaffee-Stunde ist von drei Uhr ab geöffnet.
Programme für Herren à 50 Pf., für Damen 30 Pf., sind bei den alten sowie bei den neuen Vorstandsmitgliedern zu haben; außerdem bei sämtlichen Hilfskassirern und in den mit Plakaten belegten Lokalen.
Zu zahlreicher Beteiligung ladet ein
Der Vorstand.

Den Mitgliedern des Vereins zur Wahrung der Interessen der Klavierarbeiter und verw. Berufsgeoffen
zur Kenntnis, daß § 1 Abs. 5. (Rechtsfähig) in Kraft getreten ist und alle vorkommenden Streitfälle nach dem Reglement § 2 bei einem der folgenden Mitglieder zu melden sind: G. Hahn, Lübbenerstr. 13. Niediger, Jossenerstr. 25. Sparfeld, Sorauerstr. 27. Jubel, Waldemarstr. 73. Paul, Bethanien-Ufer 8. Brecht, Wasserthorstraße 15.

Unterstützungsverein der Maurer Berlins.
Mittwoch, den 1. August, Abends 8 1/2 Uhr, in Scheffer's Lokal, Inselstraße 10.
Versammlung.
Tagesordnung:
1. Vortrag.
2. Diskussion.
3. Verschiedenes in Vereinsangelegenheiten und Fragekasten.
Um zahlreiches Erscheinen ersucht
Der Vorstand.

Verband deutscher Zimmerleute. (Lokalverband Berlin Centrum.)
Dienstag, den 31. Juli, Abends 8 1/2 Uhr,
Kommandantenstraße 72.
General-Versammlung.
Tagesordnung:
1. Abrechnung.
2. Neuwahl des Vorstandes.
3. Verschiedenes und Fragekasten.
Der Vorstand.

Verein der Sattler und Fachgenossen.
Heute, Sonnabend, 28. Juli, Abends 8 1/2 Uhr, in Grätweil's Bierhallen, Kommandantenstraße 77—79.
Mitglieder-Versammlung.
Tagesordnung:
1. Vortrag des Herrn Dr. Bruno Wille über: „Entstehung und Werth der sittlichen Gefühle.“
2. Gewerkschaftliches.
3. Verschiedenes und Fragekasten.
Gäste willkommen. Um zahlreichen Besuch bittet
Der Vorstand.

Fachverein der Tischler.
Sonnabend, den 28. Juli, Abends 8 1/2 Uhr, in Jordan's Salon, Neue Grünstr. 28.
General-Versammlung.
Tagesordnung:
1. Rechenschaftsbericht des Rendanten, Bericht des Vorstandes und der Kommissionen.
2. Ergänzungswahl der Arbeitsvermittlungskommission.
3. Anträge.
4. Vereinsangelegenheiten.
Um zahlreiches Erscheinen ersucht
Der Vorstand.

Fachverein der Buchbinder und verwandten Berufsgeoffen.
Sonnabend, den 28. Juli, Abends 8 1/2 Uhr, im Louisenstädtischen Clubhaus, Annenstr. 16.
General-Versammlung.
Tagesordnung:
1. Abrechnung der Matinee.
2. Geschäfts- und Kassenbericht.
3. Wahl des Vorsitzenden, resp. Ergänzungswahl zum Vorstand.
4. Verschiedenes und Fragekasten.
Quittungsbuch legitimiert.
Um zahlreichen Besuch bittet
Der Vorstand.

Für die Töpfer Berlins. Mitglieder-Versammlung der Zentral-Kranken- und Sterbe-Kasse,
Sonntag, den 5. August,
in Grätweil's Bierhallen,
Kommandantenstraße 77—79.
Tagesordnung:
1. Das neu genehmigte Statut.
2. Quartals-Abrechnung vom zweiten Vierteljahr.
3. Verschiedene Kassenangelegenheiten.
Jedes Mitglied wird gebeten zu erscheinen.
Karl Habanz, Bevollmächtigter.

Der Arbeitsnachweis des Vereins zur Wahrung der Interessen der Schuhmacher
befindet sich im Verkehrslokal, Weinstr. 11, bei Robert und ist mit Ausnahme Sonnabends, jeden Abend von 8 1/2—10 Uhr und Sonntag Vormittag von 10—12 Uhr geöffnet.

An der Schwelle der Reichstags-Ersatzwahl im sechsten Berliner Wahlkreise.

Wahltag: Donnerstag, den 30. August.

Wenn die Arbeiter Berlins für den Norden der Reichshauptstadt in den nächsten Wochen abermals in eine Wahlbewegung eintreten, so wird ihnen dabei immer das Bild des Mannes vor Augen schweben, der lange Jahre hindurch den sechsten Berliner Reichstagswahlkreis vertrat und den Klagen und Forderungen des Proletariates in Wort und Schrift, als Agitator, Parlamentarier und Journalist bereiten Ausdruck gab: das Bild Wilhelm Hasenclever's, den allzulezt eine furchtbare Krankheit dem öffentlichen Wirken und seiner Familie entriß.

Für Hirth's Parlamentsalmanach machte der heute von geistiger Amnachtung Befallene folgende Angaben über sein vielbewegtes, arbeitsreiches Leben:

Hasenclever, Wilh., Schriftsteller in Dessau. Geb. 19. April 1837 in Arnsherg, Westfalen (evang.). Besuchte das Gymnasium zu Arnsherg; bereiste als Handlungsgehilfe ganz Deutschland und Norditalien. — 1862—63 Redakteur der „Westfälischen Volkszeitung“ zu Hagen, dann Mitarbeiter am „Sozialdemokrat“ und Agitator, darauf Leiter des „Neuen Sozialdemokrat“ und Herausgeber der „Sozialpolitischen Blätter“. Im Jahre 1868 Kassirer des Allg. Deutschen Arbeitervereins; 1870/71 Sekretär, vom 1. Juli 1871 ab Präsident desselben bis zur Vereinigung der beiden sozialdemokratischen Richtungen auf dem Gothaer Kongress 1875. In Gotha zum Vorsitzenden des Vorstandes der „Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands“ erwählt, fungierte er auf den Kongressen zu Gotha 1875, 1876 und 1877 als Vorsitzender. Im Herbst 1875 übernahm er die Redaktion des „Hamburg-Altonaer Volksblatts“ und 1876, vereint mit Liebknecht, die Redaktion des Zentralorgans der Sozialdemokraten Deutschlands, des „Vorwärts“. Mitarbeiter der „Neuen Welt“. Nach Verbot des „Vorwärts“ Vorstandsmitglied der Leipziger Genossenschafts-Buchdruckerei. Auf Grund des kleinen Belagerungszustandes aus Leipzig (1884 auch aus Berlin) ausgewiesen, lebte er seit dieser Zeit als Schriftsteller erst in Würzen, dann in Halle a. S. und zuletzt in Dessau. — 1869/70 Mitglied des Norddeutschen Reichstags für Duisburg, des Deutschen Reichstags 1874 für Altona-Stormarn; 1877 in Altona und Berlin gewählt, nahm er für Berlin VI. an. Diese Wahl wurde für ungültig erklärt; wiedergewählt im Juli 1877 in Berlin, 1879 bei einer Nachwahl in Breslau (Ost), 1881 in Breslau (Ost) wiedergewählt, 1884 ebendort und Berlin VI. Er lehnte die letzte Wahl ab. 1887 wurde er in Berlin VI. gewählt.



Wilhelm Hasenclever,
der bisherige Reichstagsvertreter
des sechsten Berliner Wahlkreises.

Hinzuzufügen ist dem Hirth'schen Berichte noch, daß H. infolge des bekannten Diktendruckes von Halle a. S. nach Dessau übersiedelte, wo ihn im Spätherbst 1887 das granige Geschick ereilte: er wurde, kaum vom St. Gallener Kongress zurückgekehrt, irrsinnig. Nach der Maison de santé bei Berlin übergeführt, verschlechterte sich sein Zustand derartig, daß jede Hoffnung auf Genesung ausgeschlossen, nach neueren Nachrichten sogar sein baldiges Dahinscheiden zu erwarten ist.

Ueber den wahrscheinlichen Nachfolger Hasenclever's in der Vertretung des sechsten Berliner Reichstagswahlkreises, über

Wilhelm Liebknecht,
den langjährigen Freund des heute Geisteskranken, würden wir, wenn wir noch so ausführlich sein wollten, unseren Lesern kaum viel des Neuen sagen können.

Sie alle wissen, wie Liebknecht bereits als Jüngling an den Freiheitskämpfen in unserem Vaterlande thätigen Antheil nahm, wie er am Ende der vierziger Jahre, nach dem Siege der Reaktion, die Heimath verlassen mußte, wie er als Flüchtling in der Schweiz, in Frankreich, in England, alle Bitternisse der Verbannung kennen lernte, wie er aber zugleich durch eine reiche Erfahrung, durch ernste Studien und durch seinen Umgang mit hervorragenden Männern, insbesondere durch seine Bekanntschaft mit Karl Marx und Friedrich Engels sich zu dem konsequenten Sozialdemokraten entwickelte, dem nach seiner Rückkehr in die Heimath eine so umfangreiche und erfolgreiche Thätigkeit im Dienste der aufstrebenden Arbeiterklasse beschieden war.

Mancher unserer Leser wird die rastlose Parteilichkeit Liebknecht's zu Ende der sechziger und zu Anfang der siebziger Jahre noch aus eigener Anschauung kennen. Die jüngere Generation aber wird den Mann aus seinen Schriften und aus seinen Reden im Parlamente richtig schätzen gelernt haben.

Noch hat eine öffentliche Kandidatenproklamation nicht stattfinden können, aber alle Parteigenossen Berlins stimmen darin überein, daß von den Männern, die hierbei in Frage kommen könnten, Liebknecht in erster Linie steht.

An den Berliner Genossen wird es nun sein, Liebknecht's Kraft wieder dem Parlamente zu gewinnen.

Nur wenige Wochen noch und der Entscheidungstag ist da: möge er die Berliner Genossen auf dem Posten finden.

Zur Reichstags-Ersatzwahl im 6. Berliner Wahlkreise.

Alle Wähler des 6. Berliner Reichstagswahlkreises — umfassend die Stadtbezirke 218 bis 278, 285 bis 326 und vom Stadtbezirk 282, Alexanderufer, Friedrich Karl Ufer und Invalidenstr. 80 bis 83 — machen sich darauf aufmerksam, daß

von Donnerstag, den 2. August ab

die Wählerlisten in dem Wahlbureau, Königstraße 7, Hof rechts 3 Treppen und gleichzeitig in der Turnhalle der 67. Gemeindefchule, Ritterstraße 28a, ausliegen, und zwar an den Wochentagen von Vormittags 9 Uhr bis Nachmittags 3 Uhr, am Sonntage von Vormittags 11 Uhr bis Nachmittags 4 Uhr, jedoch

nur acht Tage lang.

Wir machen hierbei besonders darauf aufmerksam, daß ein Jeder, der die Listen für unrichtig oder unvollständig hält, dies innerhalb acht Tagen nach dem Beginn der Auslegung derselben, also

spätestens am 9. August d. J.,

beim Magistrat schriftlich anzeigen oder in den vorbezeichneten Lokalen vor den dazu ernannten Kommissarien zu Protokoll geben kann, die Beweismittel für seine Behauptungen aber, soweit dieselben nicht auf Notorität beruhen, beibringen muß.

Zur Begründung der beantragten Nachtragung in die Wählerliste ist entweder der Nießkontrakt, die letzte Nießscheuerquittung oder die polizeilich bescheinigte Anmeldung für die angegebene Wohnung vorzulegen.

Hierbei wird vom Magistrat bemerkt, daß die Aufstellung der Wählerlisten nach dem Wohnungsstande vom 20. Juni er. erfolgt ist und daß die seitdem verzogenen Wähler ihr Wahlrecht nur in denjenigen Wahlbezirken ausüben können, in welchen sie bis zum 20. Juni d. J. gewohnt haben.

Veräume Keiner, dem die Ausübung seines wichtigsten politischen Rechtes am Herzen liegt, die Listen einzusehen. Wahlberechtigt ist jeder Deutsche, der das 25. Lebensjahr erreicht hat und keine Armenunterstützung bezieht.

Das Wissenswerthe über Reichstagswahlen.*

Die Verfassung des deutschen Reiches (und früher des Norddeutschen Bundes) bestimmt über Wahlen weiter nichts, als

daß der Reichstag aus allgemeinen und direkten Wahlen mit geheimer Abstimmung hervorgehen soll, daß Beamte keines Urlaubs zum Eintritt in denselben bedürfen, und

daß, wenn ein Mitglied des Reichstags ein besoldetes Staatsamt annimmt oder in demselben aufsteigt, es sich einer Neuwahl zu unterwerfen hat.

Das Wahlgesetz vom 31. Mai 1869 und das dazu erlassene Reglement des Reichstanzlers vom 28. Mai 1870 bestimmen dagegen alles Nähere.

In Preußen erfolgt die Wahl zum Abgeordnetenhaus in der Weise, daß die Wähler, Urwähler genannt, nur die Wahlmänner wählen und erst durch diese letzteren die Wahl der Abgeordneten erfolgt. Auf je 250 Seelen wird ein Wahlmann aus der Zahl der stimmberechtigten Urwähler des Wahlbezirks gewählt. Dabei zerfallen die Urwähler nach der Höhe der von ihnen zu entrichtenden direkten Steuern in drei Abtheilungen (Dreiklassensystem),

und zwar in Höchst-, Mittel- und Niedrigstbesteuerte. Auf jede Abtheilung entfällt ein Drittel von der Gesamtsumme der Steuerbeträge aller Urwähler im Wahlbezirk. Danach kann die erste Abtheilung aus einem einzigen, die zweite etwa aus 20, die dritte Abtheilung aber schon aus 100 und noch mehr Urwählern bestehen, und doch hat jede Abtheilung die gleiche Anzahl von Wahlmännern zu wählen. Diese Wahl ist also keine direkte und keine gleiche, wie im Deutschen Reiche, sondern eine indirekte und ungleiche. Für die Wahl der preussischen Urwähler ist ferner vorgeschrieben, daß die Stimmabgabe öffentlich und mündlich vor sich gehe, sie ist also auch keine geheime.

Im deutschen Reich ist dagegen der Grundsatz der allgemeinen, direkten, gleichen und geheimen Wahl anerkannt, wenn auch mancherlei Verbesserungen noch durchzuführen bleiben.

Jeder Deutsche, welcher das fünfundzwanzigste Lebensjahr zurückgelegt hat, ist wahlberechtigt.

Das Wahlrecht ist aber ein staatsbürgerliches Ehrenrecht, und eben darum sind solche Personen, welche sich nicht im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte befinden, ferner solche, welche unter Vormundschaft oder Kuratel stehen, über deren Vermögen der Konkurs gerichtlich eröffnet worden ist, oder

welche Armenunterstützung aus öffentlichen oder Gemeinemitteln beziehen, von der Wahlberechtigung ausgeschlossen.

Wer aber die Berechtigung zum Wählen hat, der kann auch als Abgeordneter gewählt werden, nur muß er einem Bundesstaate mindestens ein Jahr lang angehört haben.

Für Personen des Soldatenstandes ruht die Wahlberechtigung so lange, als sie sich bei der Fahne befinden; sie sind aber wählbar. Im Reichstage befindet sich jedoch nur eine Person des Soldatenstandes, der Generalfeldmarschall Graf von Moltke.

In jedem Bundesstaate wird auf durchschnittlich 100 000 Seelen derjenigen Bevölkerungszahl, welche den Wahlen zum verfassunggebenden norddeutschen Reichstage (1867) zu Grunde gelegen hat, ein Abgeordneter gewählt, aber in jedem Bundesstaate mindestens einer, auch wenn die Gesamtbevölkerung 100 000 Seelen nicht erreicht. Demnach beträgt die Gesamtzahl der Abgeordneten 397. Davon kommen auf Preußen 236, Bayern 48, Sachsen 23, Württemberg 17, Elsaß-Lothringen 15, Baden 14, Hessen 9, Mecklenburg-Schwerin 6, Sachsen-Weimar, Oldenburg, Braunschweig und Hamburg je 3, Sachsen-Meiningen, Sachsen-Roburg-Gotha und Anhalt je 2 und auf alle übrigen Bundesstaaten je ein Abgeordneter.

Eine Vermehrung der Zahl der Abgeordneten in Folge der steigenden Bevölkerung soll durch Gesetz bestimmt werden. Ein derartiges Gesetz ist aber bis heute nicht erlassen, es lag daher der letzten im Februar 1887 stattgehabten allgemeinen Reichstagswahl dieselbe Bevölkerungszahl zu Grunde, wie der Wahl zu dem verfassunggebenden Reichstage vor 20 Jahren. Bei Zugrundelegung der durch die Volkszählung von 1885 ermittelten Bevölkerungszahl würde sich die Zahl der Abgeordneten bedeutend höher stellen, nämlich bei rund 46 000 000 Einwohner, die das Reich hat, auf 460 Abgeordnete.

Jeder Abgeordnete wird in einem besonderen Wahlkreise gewählt, dessen Seelenzahl also mindestens 100 000 betragen muß. Dementsprechend umfaßt ein Wahlkreis in der Regel zwei preussische Verwaltungskreise, oft auch drei, seltener nur einen. In den Provinzen Hannover und Hessen-Nassau sind es Aemter, in Bayern Bezirksämter, in Sachsen Gerichtsamtsbezirke, in Württemberg Oberämter, in Baden Amtsbezirke (je nach der Verwaltungsorganisation des betreffenden Bundesstaates), aus denen die Reichstagswahlkreise gebildet werden. Jeder Wahlkreis wird zum Zwecke der Stimmabgabe in kleinere Bezirke (Wahlbezirke) getheilt, welche im allgemeinen in Deutschland möglichst mit den Ortsgemeinden zusammenfallen sollen. Ausnahmeweise große Ortsgemeinden, z. B. Berlin, Hamburg, Breslau, München u., müssen zuvor in Wahlkreise getheilt werden. Wahlbezirke unter 3500 Seelen können, mit einer größeren Seelenzahl aber müssen in Wahlunterbezirke weiter getheilt werden.

Das Wahlrecht darf nur in Person ausgeübt werden und nur in demjenigen Bezirke, in welchem der Wahlberechtigte seinen Wohnsitz hat.

Sollen die allgemeinen Wahlen erfolgen, so bestimmt das Bundespräsidium (der Kaiser) den Tag hierzu, welcher in öffentlichen Blättern bekannt gemacht wird. Die zuständigen Behörden ernennen hierauf für jeden Wahlkreis einen Wahlkommissar und für jeden der mehreren Wahlbezirke des Wahlkreises einen Wahlvorsteher. Zum Wahlvorsteher wird in der Regel der erste Kommunalbeamte des Wahlbezirks ernannt.

In jeder Gemeinde stellt nun der Gemeindevorstand (in Berlin der Magistrat) für jeden Wahlbezirk eine Liste, die Wählerliste auf, in welche alle in dem Bezirk wohnenden Wahlberechtigten in alphabetischer Ordnung nach Zu- und Vornamen, Alter, Gewerbe und Wohnort eingetragen werden. Diese Listen sind spätestens vier Wochen vor dem Wahltermine zu Jedermanns Einsicht auszulegen, und ist dies zuvor unter Angabe des Lokals, in welchem die Auslegung stattfindet, sowie unter Einweisung auf die Einsprechfrist öffentlich bekannt zu machen. Wer nun die Liste für unrichtig oder unvollständig hält, sei es, daß er in derselben nicht aufgenommen ist, oder daß Andere, zur Wahl nicht Berechtigte darin aufgenommen sind, oder sei es aus irgend einem anderen Grunde, der muß seine Einsprache binnen 8 Tagen nach Beginn der Auslegung bei derjenigen Behörde, welche die Bekanntmachung erlassen hat, anbringen. (Vergl. hierzu den Aufruf an der Spitze des Hauptblattes). Innerhalb weiterer 14 Tage müssen die Einsprachen zustimmend oder ablehnend erledigt sein, dann werden die Listen geschlossen.

Nur die in die Listen aufgenommenen werden zur Wahl zugelassen, jeder an sich Wahlberechtigte dagegen wird zurückgewiesen, wenn er in der Liste nicht aufgenommen ist.

Sobald die Wahlen in Aussicht stehen, beginnt die Agitation. Die einzelnen Parteien halten Versammlungen ab, in welchen Vereinbarungen über die aufzustellenden Kandidaten und über die zu beobachtende Taktik getroffen werden. Das Recht zur Abhaltung solcher Versammlungen bezw. zur Bildung von Wahlvereinen ist im Wahlgesetz ausdrücklich bestimmt. Es heißt in § 17 dieses Gesetzes: „Die Wahlberechtigten haben das Recht, zum

*) Nach Clemens Freyer, Der deutsche Reichstag. Berlin, Cernig. Pr. 2 Mark.

Betrieb der den Reichstag betreffenden Wahlangelegenheiten Vereine zu bilden und in geschlossenen Räumen unbewaffnet öffentliche Versammlungen zu veranstalten. Die Bestimmungen der Landesgesetze über die Anzeige der Versammlungen und Vereine, sowie über die Ueberwachung derselben bleiben unberührt."

Dieses Recht steht jeder Partei zu, auch der sozialdemokratischen, und ist es der letzteren durch das Gesetz gegen die „gemeingefährlichen“ Bestrebungen der Sozialdemokratie vom 21. Oktober 1878 keineswegs vollständig genommen. Ein „Verbot“ von Wahlversammlungen könnte nur dann eintreten, wenn mit Grund zu befürchten wäre, daß durch die Versammlung „die öffentliche Ruhe und Sicherheit gefährdet“ werden würde — wozu sich eine Polizeiseele natürlich bisweilen sehr leicht aufschwingt.

Die Wahlhandlung, welche wie die Ermittlung des Wahlergebnisses, öffentlich ist, beginnt um 10 Uhr Vormittags und wird um 6 Uhr Nachmittags geschlossen.

Im Wahllokal ist der Tisch, an welchem Wahlvorsteher, Beisitzer und Protokollführer ihren Platz haben, so aufzustellen, daß derselbe von allen Seiten zugänglich ist. Auf diesen Tisch wird die zur Aufnahme der Wahlzettel bestimmte Wahlurne gestellt. Der Wähler, welcher seine Stimme abgeben will, tritt nun an den Tisch, nennt Namen und Wohnung und übergibt, sobald der Protokollführer seinen Namen in der Wählerliste gefunden hat, seinen Stimmzettel dem Wahlvorsteher, welcher denselben uneröffnet in die Urne legt. Der Protokollführer vermerkt sodann die erfolgte Stimmabgabe jedes Wählers neben dem Namen desselben in der betreffenden Rubrik der Wählerliste, in der Regel mittels eines Kreuzzeichens.

Die Stimmzettel müssen von weißem Papier und dürfen mit keinem äußeren Kennzeichen versehen, auch nicht unterschrieben sein. Der Name des Kandidaten, welchem der Wähler seine Stimme geben will, kann auf den Zettel geschrieben oder gedruckt sein, nur muß das Besondere bezw. Bedrucken außerhalb des Wahllokals geschehen.

Wird dem Wähler etwa von einem Vorgesetzten oder sonstwie ein Stimmzettel ausgenötigt, so kann er sich dadurch helfen, daß er den darauf gedruckten Namen durchstreicht und einen anderen darauf schreibt. Solche Zettel haben nach einem Beschluß der Wahlprüfungskommission des Reichstages volle Gültigkeit. Selbstverständlich muß der Name des zu Wählenden deutlich geschrieben und die Bezeichnung des letzteren so genau sein, daß die Person des Gewählten unzweifelhaft zu erkennen ist. Auch muß der Zettel derart zusammengefaltet werden, daß der Name verdeckt ist.

Stimmzettel, welche diesen Erfordernissen nicht entsprechen, oder auf welchen mehr als ein Name, oder der Name einer nicht wählbaren Person verzeichnet ist, endlich solche, welche einen Protest oder Vorbehalt enthalten, sind ungültig.

Unmittelbar nach Schluß der Wahl wird die Zahl der Wähler festgestellt, welcher natürlich die Zahl der aus der Urne genommenen Stimmzettel entsprechen muß. Ueber eine etwa sich ergebende Verschiedenheit wird das zur Aufklärung Dienliche im Protokoll angegeben. Darauf werden die Stimmzettel geöffnet, die Namen der Gewählten laut genannt und in das Wahlprotokoll eingetragen. Jeder Wahlvorsteher sendet sodann letzteres mit allen dazu gehörigen Schriftstücken ungesäumt an den Wahlkommissar behufs Ermittlung des Wahlergebnisses. Der Wahlkommissar beruft auf den vierten Tag nach dem Wahltermine in ein von ihm zu bestimmendes Lokal mindestens sechs und höchstens zwölf Wähler, welche ein unmittelbares Staatsamt nicht bekleiden, aus dem Wahlkreise zusammen und verpflichtet dieselben mittels Handschlags an Eidesstatt als Beisitzer. Außerdem ist ein Protokollführer zuzuziehen. In dieser Versammlung werden die Protokolle über die Wahlen in den einzelnen Wahlbezirken durchgesehen und die Resultate der Wahlen zusammengestellt. Es wird festgestellt zunächst die Zahl der Wahlberechtigten, sodann die Zahl der Wähler, d. h. derjenigen Wahlberechtigten, welche ihr Wahlrecht ausgeübt haben, hierauf die Zahl der gültigen und ungültigen Stimmen und schließlich, wie sich die gültigen Stimmen auf die einzelnen Kandidaten verteilen. Hat sich nun auf einen Kandidaten die absolute Mehrheit der in dem Wahlkreise abgegebenen gültigen Stimmen vereinigt, d. h. hat er mehr als die Hälfte aller abgegebenen Stimmen erhalten, so wird derselbe als gewählt proklamiert. Ist dies nicht der Fall, so kommen diejenigen beiden Kandidaten, welche die meisten Stimmen auf sich vereinigen, zur engeren (Stich-) Wahl. Sind auf mehrere Kandidaten gleich viele Stimmen gefallen, so entscheidet event. das Loos darüber, welche beiden Kandidaten auf die engere Wahl zu bringen sind.

Bei der Stichwahl sind alle auf andere als die beiden Kandidaten fallenden Stimmen ungültig. Falls bei der engeren Wahl Stimmengleichheit eintritt, so entscheidet das Loos.

Eine Neuwahl findet statt, wenn die Wahl abgelehnt oder vom Reichstage für ungültig erklärt wird, eine Ersatzwahl dann, wenn Mitglieder des Reichstages im Laufe der Legislaturperiode auscheiden, wie dies jetzt in Berlin durch die Krankheit Hafenclever's geschehen ist.

Der Gewählte ist von der auf ihn gefallenen Wahl durch den Wahlkommissar in Kenntnis zu setzen und zur Erklärung über die Annahme derselben sowie zum Nachweise seiner Wählbarkeit aufzufordern.

Nach Eingang dieser Erklärung und dieses Nachweises gelangen die Alten an den Reichstag, welcher die Prüfung der Wahl vornimmt. Die Prüfung geschieht durch die Abteilungen des Reichstages.

Die Wahlanfechtungen oder Einsprachen, auch Wahlproteste genannt, müssen innerhalb 10 Tagen nach Eröffnung des Reichstages an das Bureau des Reichstages eingereicht werden. Grobe Verstöße werden strafrechtlich geahndet. In einem solchen Falle übermittelt der Reichstag die Wahllisten dem Reichskanzler und dieser dem Staatsanwalt. Daß die den gesetzlichen Bestimmungen zuwiderlaufenden Vorkommnisse von der Partei bezw. ihren Wahlkomitees sorgfältig registriert werden müssen, versteht sich von selbst.

Der Reichstag wurde bisher immer nur für drei Jahre gewählt. Diesen Zeitraum nennt man eine Legislaturperiode. Wurde der Reichstag aufgelöst, so war damit eine Legislaturperiode beendet, auch wenn die drei Jahre noch nicht verfloßen waren. Im Jahre 1871 fanden die ersten allgemeinen Wahlen statt und begann somit in demselben Jahre die erste Legislaturperiode. Seitdem sind sieben Jahre verfloßen; diese durch drei geteilt, ergäbe $2\frac{1}{2}$, wir müßten also in der 6. Legislaturperiode stehen. Nun aber hat inzwischen zweimal eine Auflösung stattgefunden und so ist es zu erklären, daß wir in der 7. Legislaturperiode stehen. Diese geht 1890 zu Ende, alsdann beginnen nach den neuesten Leistungen der Kartellbrüder fünfjährige Perioden; Liebknecht's Wahl im 6. Berliner Kreise würde natürlich auch bis 1890, bis zum Ablauf des jetzigen Reichstages überhaupt, gelten.

Flugblätter während der Wahlbewegung.

Wir machen im Anschluß an den vorstehenden Artikel noch darauf aufmerksam, daß, sowie der Wahltag einmal festgesetzt und damit die Wahlbewegung eröffnet ist, der Verteilung von Flugblättern (und Stimmzetteln) kein polizeiliches Hindernis mehr von vornherein entgegengesetzt werden darf.

Nach § 43 der Gewerbeordnung bedarf Niemand in der Wahlzeit zur öffentlichen Verteilung von Stimmzetteln und Flugblättern einer polizeilichen Erlaubnis.

Jedermann ist berechtigt, solche Stimmzettel und Flugblätter (die natürlich den Bestimmungen des Pressegesetzes entsprechen, d. h. Drucker und Verleger enthalten müssen) auf den Straßen, den öffentlichen Plätzen, in öffentlichen Lokalen oder durch Umhertragen von Haus zu Haus im Wahlkreise zu verteilen. Ein Polizeibeamter, der sich dem widersetzen wollte, handelt gesetzwidrig und stellt die Gültigkeit der Wahl in Frage.

Nach früheren schlimmen Erfahrungen hat diese, die freie Verteilung von Stimmzetteln und Flugblättern garantierende Bestimmung in die Gewerbeordnungsnovelle vom 1. Juli 1883 Aufnahme gefunden.

Auch die polizeilichen Bestimmungen über die Sonntagsfeier stehen solcher Verteilung von Stimmzetteln und Flugblättern nicht entgegen. Das Reichsgesetz, welches die Verteilung uneingeschränkt gestattet, geht allen etwaigen Lokalgesetzen und Verordnungen unbedingt vor.

Nur bereits „verbotene“ Drucksachen dürfen natürlich nicht weiter verbreitet werden.

Was hat den Arbeitern und Handwerkern die technische Entwicklung der Neuzeit genützt?

I.

Die Umwälzung unserer ganzen Wirtschaftsverhältnisse seit 20—30 Jahren.

Kaum je wurde die Heiligkeit des Bestehenden lauter proklamiert als in den letzten fünfzehn bis zwanzig Jahren und kaum je öfter haben die ökonomischen Zustände eine solche Umwälzung erfahren, als gerade in diesem Zeitraum. Und die Umwälzung war nicht immer eine friedliche. Bürgerkriege und Staatenkriege leiteten sie ein, sie verschlang gar manches Menschenleben, manches Menschenglück, und doch scheint der Spießbürger nichts von ihr zu merken und verlangt immer noch, es solle Alles seinen alten Gang gehen.

Bis gegen Ende der sechziger Jahre war die kapitalistische Großindustrie anderer Länder, außerhalb Großbritanniens, — höchstens mit Ausnahme Frankreichs — eine unbedeutende. Vom Ende der sechziger Jahre an ändert sich die Situation. In einer Reihe von Ländern entstehen neue mächtige Großindustrien und breiten sich mit riesenhafter Schnelligkeit aus.

Diese Umwälzung wurde durch den vier Jahre lang währenden blutigen Bürgerkrieg zwischen dem Norden und Süden der Vereinigten Staaten eingeleitet, der 1865 mit dem Siege des industriellen Nordens über die Baumwoll- und Zuckerpflanzer des Südens endete. Die Interessen der kapitalistischen Großindustrie waren von da an in den Vereinigten Staaten fast ausschließlich maßgebend; der Krieg selbst hatte zu ihrer Entfaltung mächtig beigetragen; ein großer Teil der Kriegskosten hatte dazu gedient, Großlieferanten und Großindustrielle, deren Unternehmungen auf die Massenproduktion eingerichtet waren, zu bereichern; indem der Krieg große Menschenmassen der Arbeit entzog, trieb er zur Einführung arbeitersparender Maschinen an.

Nach dem Krieg hatte die so geförderte Großindustrie freien Spielraum sich zu entfalten: ihre erste große That, gleichzeitig ein gewaltiges Mittel, sie weiter zu fördern, war der Bau der amerikanischen Pacificbahn, die 1869 beendet wurde und den industriellen Oststaaten Amerikas nicht bloß dessen Westen, sondern das ganze Becken des stillen Oceans näher brachte.

Der Anstoß, den dieser Eintritt Amerikas in die Reihe der Industriestaaten der Weiterentwicklung der ganzen Weltwirtschaft gab, war ein gewaltiger.

In das Jahr 1869 fiel auch die Eröffnung des Suezkanals, der den Handel Europas mit Indien von der Vermittlung Englands unabhängig machte und den Ländern am Mittelmeer, vor Allem Italien, wieder zu höherer ökonomischer Bedeutung und Entwicklung verhalf.

Ein Jahr später begann jener gewaltige Krieg, durch den das deutsche Reich zusammengeschnitten werden sollte. Neben der Einheit nach Innen, der Macht nach Außen, war es vor allem der Milliardenregen, der seit 1871 die kapitalistische Großindustrie rasch wie einen Pilz in Deutschland aufschließen ließ.

Damit kam die technische Revolution in vollen Fluß. Von Jahr zu Jahr wuchs die Konkurrenz der kapitalistischen Nationen auf dem Weltmarkt, wuchs die Zahl der Konkurrenten. Je größer aber der Druck der Konkurrenz, desto größer die Notwendigkeit, Verbesserungen einzuführen, um die Konkurrenten zu schlagen. Bald machte sich die Ueberproduktion fühlbar: um so stärker das Verlangen jedes einzelnen Industriellen nach Einführung technischer Fortschritte.

Die Ueberproduktion senkt den Preis der Waaren unter ihren Werth. Der Handelsprofit, der Zwischenhandel mag dabei gedeihen, aber nur auf Kosten des Fabrikantenprofits. Bald kann aus einem industriellen Unternehmen nur noch dann ein den Ansprüchen des Kapitalisten entsprechender Profit herausgeschlagen werden, wenn mit Extraprofit produziert wird, das heißt, wenn man die Produktionskosten der Waare unter ihre normalen Kosten herabdrückt. Der einfachste und billigste Weg dazu ist die Herabdrückung der Arbeitslöhne oder Verlängerung der Arbeitszeit, wodurch man jedoch nicht weit kommt. Der wirksamste, aber nur größeren Kapitalisten zugängliche Weg ist die Einführung neuer arbeitersparender Maschinen.

Ein weiterer Faktor der technischen Revolution ist der Umstand, daß die allenthalben seit zwanzig Jahren gegründeten technischen Schulen seit einiger Zeit jahraus, jahrein zahllose Chemiker, Mechaniker und Ingenieure liefern, von denen jeder natürlich ein Erfinder sein will: da wimmelt es denn von Erfindungen, und so groß auch die Zahl der unnützen und unbrauchbaren scheint, die Zahl der nützlichen Erfindungen wächst doch von Jahr zu Jahr.

Die kapitalistische Großindustrie ist ihrem Wesen nach nie konservativ gewesen. Sobald sie einmal einen Arbeitszweig ergriffen hat, wird er auch in den Fluß beständiger Entwicklung und Umwälzung gestochen. „Die moderne Industrie“, sagt Marx, „betrachtet und behandelt die vorhandene Form eines Produktionsprozesses nie als definitiv. Ihre technische Basis ist daher revolutionär, während die aller früheren technischen Produktionsweisen wesentlich konservativ war. Durch Maschinen, chemische Prozesse und andere Methoden wälzt sie beständig mit der technischen Grundlage der materiellen Produktion die Funktionen der Arbeiter und die gesellschaftlichen Kombinationen des Arbeitsprozesses um“.

Marx schrieb diesen Satz auf Grundlage seiner Beobachtungen an der englischen Großindustrie von 1867 nieder. Aber das Zeitmaß der technischen Umwälzung der Großindustrie bis dahin war schläfrig in dem Vergleich zu dem, was sie seitdem angenommen, und nicht bloß in Großbritannien, sondern in ganz Europa und einem großen Teil Amerikas, besonders aber auch in Deutschland. Kein Jahrhundert hat noch eine so gewaltige technische Revolution gesehen, wie die, welche seit zwei Jahrzehnten vor unseren Augen vor sich geht.

II.

Die technischen Fortschritte.

Nach William Fowler hätte seit 1850 in den Vereinigten Staaten die Produktivität der Arbeit in Folge technischer Verbesserungen um 40 pCt. zugenommen; in den letzten zwanzig Jahren wäre sie nach E. Atkinson um ein Drittel gewachsen. Solche Durchschnittszahlen auf Grund unsicherer Schätzungen sind freilich von keinem großen Werth, aber sie gewähren immerhin einen Einblick in die technische Revolution unserer Zeit.

Die Entwicklung der Schifffahrt bietet vielleicht das prägnanteste Bild der enormen Umwälzungen in unserer Produktionsweise. Erst verdrängten hier die Dampfer vollständig die alten Segelschiffe; die Zahl der letzteren nahm ab, während der Seeverkehr immer erstaunlicher zunahm. Im Dampfschiffbau selbst aber erzeugte alsdann die Konkurrenz immer wieder neue Verbesserungen. Ein Modell verdrängte das andere. Die Schiffe, die 1870 bis 1873 gebaut wurden, galten 1875 nur noch die Hälfte ihres ursprünglichen Preises, da die inzwischen eingeführten Verbesserungen im Schiffbau die Schiffe sowohl besser wie billiger gemacht hatten. Aber die Schiffe von 1875 und 1876 sind heute auch schon wieder entwerthet, und für Dampferlinien, die den modernen Ansprüchen genügen sollen, nicht mehr verwendbar. Die heutigen Dampfer sind billiger, schneller und arbeiten mit 18 bis 25 pCt. Ersparnis an Brennmaterial. Die Herstellungskosten neuer eiserner Schiffe beliefen sich in England 1872—74 auf 360 M. pro Tonne, 1877 auf 260 M., 1880 auf 230 M., jetzt sind sie auf 200 M. gesunken. Und sie werden immer weiter sinken.

Ähnliche Beispiele aus anderen Gewerbezweigen — besonders aus der Eisen-, der Textilindustrie, dem Bergbau — werden unseren Lesern gegenwärtig sein. Nur

für die Landwirtschaft wird bisweilen behauptet, daß ihr die Erzeugung von Nahrungsmitteln immer schwerer falle, daß hier immer mehr Arbeit aufgewendet werden müsse, um die gleiche Nahrungsmenge liefern zu können. Das ist so falsch wie etwas. Belegen wir auch das durch einige Beispiele.

Die größte technische Revolution der letzten zehn Jahre hat hier wahrscheinlich stattgefunden in Folge des Erstehens der modernen Riesensarmen. Das Jahresprodukt der Arbeit eines Mannes in einer solchen, die Weizen baut, beträgt z. B. in Amerika jetzt durchschnittlich 5500 Bushels (über 2000 Hektoliter) Weizen! Rechnet man davon 500 Bushel zur Saat ab, dann bleiben 5000 Bushel. Ein Mann genügt, diese 5000 Bushel in Mehl zu verwandeln — natürlich nur in einer mit den neuesten Verbesserungen ausgestatteten Mühle. Das Erträgniß dieser 5000 Bushel Getreide sind ungefähr 1000 Barrels Mehl (fast 1800 Zentner). Einundneinhalb Mann sind für den Eisenbahntransport dieser tausend Barrels nach New-York erforderlich. „Wenn der Weizen nach New-York kommt“ — schreibt Atkinson — „und in den Besitz eines großen Bäckers gelangt, der die Brotfabrikation auf großer Stufenleiter eingerichtet hat, und der den Arbeitern von New-York das beste Brot zum niedrigsten Preise verkauft, so finden wir, daß 1000 Barrels Mehl durch die Arbeit von drei Personen im Jahr in Brot verarbeitet und verkauft werden können.“ Um 5000 Bushel Weizen (= 1000 Barrel Mehl) zu erzeugen, zu mahlen, an den Konsumtionsort zu transportieren und dort in Brot zu verwandeln, braucht man also bei der höchsten technischen Entwicklung: 1 Landarbeiter, 1 Müller, 1 1/2 Transportbediente, 3 Bäcker = 6 1/2 thätige Personen. „Addiren wir zu der Arbeit der sechs einhalb Mann die Arbeit eines Mannes in sechs Monaten oder eines halben Mannes im Jahr, um die Maschinerie der Farm, der Bäckerei u. s. w. zu reparieren und in Ordnung zu halten (per tausend Barrels) und rechnen wir noch drei Mann dazu, die der Eisenbahn, dem Bäcker u. s. w. das Feuerungsmaterial u. dergl. liefern, so finden wir, daß zehn Mann in einem Jahr Brot für tausend Menschen liefern.“

III.

Ihr Einfluß auf den Mittelstand, die Arbeiter und das Großkapital.

Und das Resultat dieser ungeheuren Revolution, welche überall die „nothwendige“ Handarbeit des Menschen auf ein Minimum reduziert?

Der bürgerlichen Dekonomie wird angst und bange vor dem Segen, der sich über die kapitalistische Produktionsweise ergießt, denn er droht nicht nur den Arbeitslohn, sondern auch den Profit der Kapitalisten, der Angehörigen der herrschenden Klasse zu zerrütten.

Einmal findet bei den fieberhaften Umwälzungen fortwährend massenhaft eine Zerstörung von Eigenthum, eine Expropriation kleiner und nicht konkurrenzfähiger Besitzer statt. Niemand hat die Eigenthümer der Segelschiffe entschädigt, die durch den Dampfschiffbau werthlos gemacht wurden. Man würde auch nicht fertig, wenn man Alle entschädigen wollte, deren Besitz an Maschinen z. durch neue Verbesserungen werthlos geworden. Kein Mensch, der heute eine Maschine kauft, ist sicher, daß er sie nicht morgen in die Kumpfkammer werfen muß. Das ist besonders „tröstlich“ für den Handwerker, den man jetzt rath, seinen Kredit anzuspinnen, um sich Maschinen anzuschaffen. Im heutigen Wettrennen nach Herabsetzung der Produktionskosten hält es nur der große Kapitalist lange genug aus, um die Entwerthung seiner Maschinen verschmerzen und neue rentable Maschinen einführen zu können.

Von besonderem Nachtheil ist natürlich aber die Mafschheit des technischen Fortschritts für die Lohnarbeiter. Je schneller die technischen Verbesserungen einander folgen, je mehr die vorhandenen Maschinen Gefahr laufen, entwerthet zu werden, desto fieberhafter muß man in demselben Zeitraum die Maschinerie auszumähen suchen. Dies erreicht das Kapital durch Verlängerung der Arbeitszeit oder durch größere Intensivität (Anspannung der Leistungsfähigkeit) der Arbeit. Je rascher die arbeitssparenden Erfindungen einander folgen, desto größer die Versuchung für den Kapitalisten, die Arbeitslast des Arbeiters zu vergrößern, desto nothwendiger sind starke Organisationen der Arbeiter und wirksame Arbeiterschutzgesetze, um dieser Versuchung einen Damm entgegenzusetzen.

Leider haben die Arbeiter selten die Macht, ihre Interessen in dieser Weise zur Geltung zu bringen, das Kapital aber kennt keine Rücksichten und so endet heute der technische Fortschritt, der dem ganzen Volke die Arbeitslast erleichtern könnte, in einer noch verstärkten Arbeitsausnutzung, in verlängerter Arbeitszeit, in ruheloser Tag- und Nachtarbeit, um das Anlagkapital recht rasch zu amortisiren, wiederhereinzubringen.

Aber das rächt sich schließlich auch an den Großkapitalisten. Die Produktion steigt und steigt, der Absatz aber fehlt und fehlt, und in den hereinbrechenden, immer schlimmer wüthenden Krisen gehen auch unzählige Großkapitalisten stöten. Jeder einzelne Kapitalist muß auf Erfindungen und deren Einführung sinnen, um seinem gefährdeten Konkurrenten über zu sein, und doch muß das Kapital andererseits die Erfindungen fürchten, weil ihr „Segen“ in den furchtbarsten Katastrophen endet.

Ein vielschreibender und vielgewandter bürgerlicher Wirtschaftsgelahrter, Herr Laveleye, weiß daher auch keinen anderen Ausweg, als das Zeitalter der Erfindungen abzuschließen. Die Aufgabe der nächsten Generation besteht nach ihm nicht darin, neue Maschinen

zu erfinden, sondern sich mit den erfundenen zu begnügen und abzuwarten, bis der Konsum sich genügend ausgedehnt hat.

Das heißt mit anderen Worten: die bürgerliche Dekonomie will der Entwicklung der Produktionsweise Stillstand gebieten; der Kapitalismus verträgt nicht mehr eine Erweiterung der Produktivkräfte, die doch sonst stets als höchster Kulturfortschritt gepriesen wurde, weil sie den Menschen „immer unabhängiger von der Natur“, immer freier von bloßer physischer Arbeit mache, weil sie der Menschheit immer mehr Zeit für Bildung und sittliche Entwicklung übrig lasse.

Das heißt also mit ungeschminkten Worten: die Interessen des Kapitalismus werden unvereinbar mit denen jeder weiteren historischen Entwicklung, wie sie bisher gepriesen wurde.

Aber so sehr auch die Dekonomen, welche die heutigen Klasseninteressen des Kapitals vertreten, das Buch der Erfindungen gern abschließen möchten, das Interesse des einzelnen Kapitalisten ruft um so dringender nach neuen Erfindungen, die freilich nur so lange seinen Profit vergrößern und von Vortheil für ihn sind, als sie ihm ein besonderes Privilegium verleihen, nicht Eigenthum der ganzen Kapitalistenklasse geworden sind. Und so sehr die bürgerlichen Dekonomen auch wünschen müssen, daß der Konsum des Volkes steigt, jeder einzelne Kapitalist wird immer mehr gedrängt, die Produktionskosten seiner Waaren herabzusetzen, die Arbeitslöhne zu beschneiden, die Zahl der beschäftigten Arbeiter zu verringern, den Konsum der Arbeiterklasse einzuschränken.

Die technische Revolution nimmt daher ihren Fortgang, ja, sie scheint ihr Tempo immer mehr zu beschleunigen. Die frommen Wünsche der bürgerlichen Theoretiker halten sie nicht auf.

Was nun? Glauben die Herren wirklich, daß die technische Umwälzung noch zwei Jahrzehnte lang so fortgehen kann, wie sie in den letzten zwanzig Jahren vor sich gegangen, ohne eine Rückwirkung auf die gesellschaftlichen Verhältnisse zu üben?

Und wer hat denn eigentlich noch ein Interesse an der Erhaltung des Widerstands, daß sich jeder Fortschritt in einen Rückschritt, jeder Segen in einen Fluch für nahezu alle Betheiligte und für unsere ganze abendländische Kultur verwandelt?

Aber das wird sich solange nicht ändern, als Kapital und Arbeit noch getrennt sind. Jeder Fortschritt wird allen Arbeitern ihr Dasein erleichtern, ihr Einkommen steigern und ihre Arbeitszeit verkürzen, wenn die Arbeiter selber die Produktion nach ihrem Willen leiten. Jeder Fortschritt wird aber dazu dienen, Arbeiter zu entlassen und durch die immer verzweifeltere Arbeitskonkurrenz den Lohn zu drücken, wenn das Kapital Leiter bleibt und die Fortschritte für sich allein ausnützt.

Der Sozialismus verlangt daher mit Recht: Ueberführung der Produktionsmittel (der Fabriken, der Werkstätten, des Grund und Bodens) in den Besitz des ganzen Volkes.

Geht es denn aber ohne Kapitalisten?

Natürlich geht es.

Den praktischen Beweis dafür liefern heute schon alle die fortgeschrittensten, wirklich auf der Höhe der Zeit stehenden Erbschaften.

Sind hier die Besitzer, die Renten- und Dividendenbezieher etwa die Förderer der Produktion, ohne welche es kein Eisen, kein Garn, keine Kleidungsstoffe, kein Brod und kein Fleisch mehr giebt?

Ganz im Gegentheil, in den alles überwuchernden Aktiengesellschaften, die überall, wo die moderne Technik zum Durchbruch gekommen ist, die leistungsfähigsten Betriebe geworden sind, überall thut hier der Besizer gar nichts mehr für die Produktion. Ob Herr Rothschild in Europa weilt, oder in Amerika, ob er an königlichen Tafeln sitzt, oder — was doch auch einmal eintreten könnte — im Gefängniß, die Bergwerke, die Hochöfen, die Spinnereien, die Rüttelgüter, die er heute ganz oder zum Theil (als Aktionär) sein eigen nennt, liefern darum noch ebensoviel Kupfer, Quecksilber, Kohlen, Eisen, Gespinnte und Nahrungsmittel. Was Herr Rothschild thut, ist also nur das, daß er von dem Produktions-ertrag, an dem er so unschuldig ist wie ein neugeborenes Kind, einen recht ansehnlichen und immer wachsenden Theil für sich in Anspruch nimmt. Bei der Produktion kann der Kapitalist entbehrt werden, und bei der Vertheilung wird man erst recht keinen brauchen, der nur Millionen bezieht, ohne etwas wirklich Werthvolles geleistet zu haben.

Es bleibt also dabei: es geht auch ohne den Kapitalisten.

Der praktische Beweis ist dafür kürzlich in Frankreich geliefert worden.

Vor etwa anderthalb Jahren hatten die Bergleute von Aive-de-Gier unter Leitung des Grubeningenieurs und Abgeordneten Fr. Laur auf Grundlage der Gemeinsamkeit der Produktion und der Theilung des Produktionsertrages die Ausbeutung einiger Kohlengruben begonnen, welche die dortige Bergwerksgesellschaft wegen zu schwacher Erträge aufgegeben hatte und den Arbeitern anscheinend gern zum Betrieb überließ.

Man folgte dem Versuch vielfach mit großer Theilnahme.

Anfangs gestaltete er sich sehr schwierig. Die Arbeiter brauchten Geld, um Maschinen zu kaufen, Zimmerungen und Stollen, die für's Erste keinen Ertrag abwarfen, aus-

zuführen und selbst das Leben zu fristen, bis sie Kohlen fördern und verkaufen konnten. Sie fanden aber Kredit, kamen mit ihrer Zähigkeit und ihrem großen Arbeitsernst über die Schwierigkeiten des Beginns hinweg und sind jetzt so weit, daß sie die nothwendigen Maschinen haben, gegen hundert Leute in den Gruben andauernd beschäftigen können und monatlich für etwa 15 000 Franken Kohle fördern. Sie sammeln noch keine Reichthümer, aber sie haben keine Schulden, verdienen mehr als den landesüblichen Tagelohn und haben das stolze Gefühl der Unabhängigkeit, das Bewußtsein, freie Besitzer eines von ihnen benutzten, ungetheilten Gemeineigenthums zu sein.

Angehts dieses Erfolges fordert nun die Gesellschaft, welche anfangs, wohl in der schadenfrohen Hoffnung eines Mißlingens des Versuchs, die von ihr aufgegebenen Gruben den Arbeitern abgetreten hatte, ihr Eigenthum wieder zurück und droht, sie gerichtlich aus den Schächten hinauswerfen zu lassen, welche ihr Fleiß erschlossen und von Neuem ertragsfähig gemacht hat.

Dieser letzterwähnte, geplante Raubzug geht uns hier augenblicklich weiter nichts an. Die ersterwähnten Vorkommnisse aber sind gewiß bemerkenswerth. Arbeitern ist es ohne die „Leitung“ der Kapitalisten, die als so unumgänglich hingestellt wird, gelungen, als unrentabel aufgebene Werke rentabel zu machen! Und doch standen den Kapitalisten mindestens dieselben technischen und kaufmännischen Kräfte zur Verfügung, wie den Arbeitern. Aber sie konnten eines nicht, selbst nicht mit dem Aufgebot einer ganzen Armee von Sklaventreibern, nicht mit dem treibenden Stachel des Akkordsystems: sie konnten die Arbeitsfreudigkeit des freien Mannes nicht hervorgerufen, die viel, viel mehr zuwege bringt, als aller Zwang.

Daher behaupten wir auch, daß in einer freien genossenschaftlich produzierenden Gesellschaft die Leistungsfähigkeit der Produzenten noch viel größer werden wird, als sie es heute ist. Die Ueberflüssigkeit des Kapitalisten als Faktor im modernen Produktionsprozeß ist heute überall klar ersichtlich.

Seine Rechtsmittel auf einen großen Theil fremden Arbeitsertrages leiten die bürgerlichen Dekonomen von seiner „Leitung der Produktion ab“, die als ein ungemein schwieriges Ding hingestellt wird. In Wirklichkeit aber wird sie mehr und mehr versehen von bezahlten Angestellten, Lohnarbeitern höheren Ranges. Der Einzelkapitalist macht auf der jetzt erreichten Stufe der Produktionsweise überall der Aktiengesellschaft Platz. Die Aktionäre aber brauchen keinen Dunst von dem Unternehmen zu haben; sie brauchen nicht einmal zu wissen, wo es sich eigentlich befindet. In der That giebt es zweifelsohne genug deutsche Inhaber österreichischer, englischer und amerikanischer Papiere, die von dem Geschäft, das ihnen eine Rente gewährt, nicht viel mehr wissen, als daß es die Dividenden bei der und der Bank auszahlt. Bezahlte Lohnarbeiter besorgen das Geschäft von der Spitze bis zum Boden.

Aber selbst, wo die Entwicklung nicht so weit, nicht bis zur Aktiengesellschaft vorgeschritten ist, haben die Herren Kapitalisten an der Leitung nicht „schwer“ zu tragen. Wie oft ist der Hüttenkönig auf der Reise, auf seinem Landsitz oder im Bad zur Schwemmerkur, das Profitmachen geht aber unter der Leitung von Lohnarbeitern höheren Ranges (Direktoren bis zum Werkführer) flott weiter.

Kurz: der kleine Kapitalist arbeitet und oft härter als der Lohnarbeiter. Aber diese Kategorie verschwindet. Der Großkapitalist läßt schon die Hauptsache von gemieteten Leuten besorgen. Der Aktionär, sozusagen der ideale Kapitalist, der einzige Zukunftskapitalist, aber ist bloß Bauch, nicht Kopf. Er hat nichts zu thun, als aufzupassen oder auspassen zu lassen, daß ihn seine Vertrauensleute nicht beschummeln. Die Produktion und die Vertheilung der Güter nähme und nimmt auch ihren Gang ohne sie. Sie haben keine „soziale Funktion“, welche ihnen ein Anrecht auf mindestens die Hälfte des Arbeitsertrages der Produzenten geben würde, die sie jetzt thatsächlich einstreichen.

Schnebel.

„Bisher waren die Geschichtskapitel mit Krieg gefüllt, unter welche der Friede nur einige Anmerkungen setzte. Seit der Schöpfungsgeschichte treibt dieses wahre perpetuum mobile des Teufels die Vernichtungsgeschäfte fort. Der Friede war bisher nur eine blühende Vorstadt mit Landhäusern und Gärten vor der Festung des Krieges, der jene bei jedem Anlaß niederschloß.“ Jean Paul.

Wir sind durchdrungen von der Ueberzeugung, daß die christlichen Grundlagen unseres Staatslebens dauernd nur erhalten werden können, wenn in der Schule die religiöse Unterweisung den Kern des Unterrichts bildet.

Kreuzzeitung, 25. Juli.

Ein König lebt, ein zorniger Fürst,
Nicht des Dichters geträumtes Königsbild,
Ein Tyrann, den der weiße Sklave kennt:
Und der Dampf ist der König wild.

Er hat einen Arm, einen eisernen Arm,
Und obgleich er nur einen trägt,
In dem Arme schafft eine Zauberkraft,
Die Millionen schlägt.

Englisches Gedicht, cit. Marlo.

Und dürfen wir nicht sein mehr, was wir wollen,
So laßt uns, was wir können, mind'stens sein.
Medea.

Ich glaube, daß allem Anschein nach die industrielle
Aristokratie, die sich unter unseren Augen erhebt, eine
der härtesten ist, welche die Welt gesehen hat, daß sie
aber auch von geringer Dauer sein wird.
Tocqueville.

Was sollen die phantastischen Träumereien von
Seelengröße und persönlichem Adel in einem Staate,
wo die größte Weisheit diejenige ist, im rechten Tempo,
auf eine geschickte Art, groß und klein zu sein.
Kabale und Liebe.

Arbeiterversicherung, Gewerkschaftliches.

Daß, ähnlich wie seinerzeit die Berliner Bauherren,
auch eine Versammlung von Züricher Kräutern polizei-
liches Eingreifen in die Streikbewegung gefordert hatte —
benutzte neulich die „Nordd. Allg. Ztg.“ zur Rechtferti-
gung der Streikerlasse. Wir nahmen von dieser
Anerkennung keine Notiz, weil sie uns allzu naiv vorkam.
Nachdem nun aber alle offiziellen und reaktionären Blätter
die neueste Entdeckung ihren staunenden Lesern vorgelegt
haben, möchten wir wenigstens die eine Bemerkung nicht
unterdrücken, daß die Haltung der Züricher Unternehmer
durchaus nicht beweist, daß das Wohl des Vaterlandes
die Aufhebung des Koalitionsverbotes fordert, sondern nur
eine neue Bestätigung des alten Sages liefert, daß die
Esel in allen Ländern gleich grau sind.

Eine weitere Bestätigung wird auch geliefert durch
folgende Nachricht aus Magdeburg, 23. Juli: Der
hier versammelte 3. deutsche Korbmachertag beschloß,
den Verbandsvorstand zu ermächtigen, auf dem nächsten
Innungstage für Legitimation aller Gesellen ohne
Unterschied des Alters einzutreten, ferner Verbandslegiti-
mationspapiere der Gesellen einzuführen und diese Ange-
legenheit in fünf Jahren so zu regeln, daß nach dieser
Zeit nur Gesellen mit solcher Legitimation in
Arbeit genommen werden.

Auf dem Verbandstag deutscher Schlosser-
innungen in Köln gelangte folgender arbeiterfreundlicher
Antrag zur Annahme:

- 1) Jede Verbandsinnung, welche durch einen frivolen (?) Streik
ihrer Gesellsenschaft in Nothlage geräth, hat dem Vor-
stand des Verbandes
1. die unberechtigten Forderungen der Gesellen und die
Gründe, weshalb sie nicht bewilligt werden können, an-
zugeben,
2. die Namen der Leiter des Streiks, sowie die
Haupt-Rädelsführer in einer Liste zusammenzufassen,
diese drucken zu lassen und in einer Zahl, die den
Verbandsinnungen entspricht, dem Verbandsvorstand ein-
zureichen;
- b) der Verbandsvorstand hat die Verhältnisse unverweilt sorg-
sam zu prüfen und nach Richtigfinden des Verhaltens der
Innung jeder Verbandsinnung ein Exemplar dieser Liste
mit der Weisung zuzustellen, daß kein Angehöriger einer
Verbandsinnung diese Personen binnen 6 Monaten
nach Ausbruch des Streiks in Arbeit nehmen darf.

Die arbeitenden Schlosser werden diese Provokation
hoffentlich damit beantworten, daß sie ihre Fachvereine
und Gewerkschaften immer mehr stärken, sodas sie den
Meistern, welche der Haber zu stehen scheint, zu gebotener
Zeit den Standpunkt klar machen können.

In der letzten Generalversammlung des Vereins zur
Wahrung der Interessen der Schuhmacher Berlins führte
Herr Christensen aus, daß eine Verfügung des Polizei-Präsidenten
der Berliner Schuhmacher-Innung das Recht verleihe, alle Schuh-
macher, Meister und Gesellen, zu den Beiträgen der
Innung heranzuziehen. Redner betonte, daß man hierzu un-
bedingt Stellung nehmen müsse, da es ein ungerechtfertigtes Be-
langen sei, die Arbeiter zu Beiträgen für ein Institut heranzuziehen,
welches den Arbeitern in jeder Hinsicht feindlich gegenübersteht.
Eine Versammlung soll zu diesem Zwecke einberufen werden. Als-
dann wurde noch bekannt gegeben, daß am 12. August eine Partie
(mit Familien) nach Finkenkrug stattfinden soll.

Ueber Streiksammlungen schreibt das „Vereins-
blatt für Bauhandwerker“: Alle Verbote und Straf-
bestimmungen gegen Gewerbetreibende, gewerbliche Gehilfen,
Gesellen und Fabrikarbeiter wegen Verabredung und Ver-
einigung zum Behufe der Erlangung günstiger Lohn- und
Arbeitsbedingungen, insbesondere mittels Einstellung der
Arbeit oder Entlassung der Arbeiter, werden aufgehoben.
So lautet § 153 der Reichsgewerbeordnung. Es wird
sich nun zeigen, ob sich dieses Aufheben aller Verbote, das,
wie schon festgestellt ist, nur für konkrete, d. h. ganz be-
stimmte Arbeitseinstellungen, bestimmte Lohnforderungen zc.
gilt, sich auch auf die Verbote von öffentlichen Samm-
lungen zur Streikunterstützung bezieht. Die Leiter des in
Berlin vor kurzem siegreich beendeten Schuhmacherstreiks
haben bekanntlich wegen unbefugten Kollektirens für diesen
konkreten Ausstand Strafverfügungen von je 30 Mark
Geldstrafe (der höchsten zulässigen Strafe) erhalten, gegen
die sie natürlich Berufung erheben und durch alle Instanzen
durchführen werden. Dem Vertrauensmann der deutschen
Maurer in Halle mißglückte die Durchführung des In-
stanzenguges, weil der damit betraute Rechtsanwalt die
Frist veräußerte. In Halle sind die Verhältnisse für das
Durchführen eines solchen Prozesses überhaupt nicht günstig,
da es an geeigneten und willigen Rechtsanwälten für
Arbeiterprojekte fehlt. Der Beauftragte des Löffleraus-
schusses hat dagegen die behördliche Genehmigung für eine
Streiksammlung erlangt, und wird diesen einmal einge-

schlagenen Weg sicher erforderlichen Falls auch durch alle
Instanzen verfolgen. In Altona sollen die streikenden
Bäcker ein obfiegendes Erkenntniß erstritten haben.

Es ist uns aber trotz aller Mühe nicht gelungen, eine
Abschrift dieses doch so wichtigen Urtheils zu erhalten.
Es sei dabei gleich bemerkt, die von einem nicht Rechts-
kundigen gemachte bloße Mittheilung, in einem Prozesse ist
so oder so entschieden, ist meistens vollkommen werth-
los. Es kommt auf die Begründung des Urtheils an.
In solchen wichtigen Sachen muß man also auch im Falle
einer Freisprechung eine Urtheilsabschrift erbitten, und sie
entweder im Wortlaut veröffentlichen, oder noch besser
durch einen sachkundigen Schriftsteller eine gemeinverständ-
liche und genau richtige Darstellung der Urtheilsgründe
geben lassen. Zu letzterer Arbeit gehört freilich einige
Rechtskenntniß, um die eigentlichen „springenden Punkte“
herauszufinden. Wo solche Kenntniß nicht vorhanden, da
drucke man das Urtheil lieber ganz ab.

Schwarze Liste. In einem kürzlich stattgehabten Prozesse
gegen ein Mitglied der Streikkommission der streikenden Werk-
arbeiter in Dietrichsdorf wegen Verleumdung der Herrn Gebr.
Hoswald wurde konstatiert und von den Herren Hoswald zugegeben,
daß die Liste der streikenden Arbeiter an verschiedene Werkstätten und
Werkstätten, u. A. auch an die kaiserlichen Werkstätten verhandelt
worden sei mit dem Ersuchen, die Streikenden nicht in Arbeit
zu nehmen.

Da der Streik der Hamburger Modellsticker zu
Guntzen derselben beendet ist, sagen wir hiermit Allen, welche uns
zu diesem Siege mit verhoffen, unseren aufrichtigen Dank, und er-
suchen zugleich Alle, welche noch Sammellisten von uns in Händen
haben, dieselben baldmöglichst an die Lohnkommission (Herrn C.
Wenzel, Hamburg-St. Pauli, Fimshüttelerstr. 13) einzuliefern,
damit die spezielle Abrechnung demnächst erfolgen kann. Im In-
teresse der Sache ist es jedoch durchaus nothwendig, den Zugang
noch möglichst fernzuhalten.

Die Putzmacher Berlins und Deutschlands haben Zu-
zug nach der Lamprecht'schen Filzfabrik zu Stettin fernzuhalten.
In Danzig ist, der „Frankf. Ztg.“ zufolge, ein partieller
Manterstreik ausgebrochen.

Kleine Mittheilungen.

Ueber die Ursachen des wachsenden Schnapsgenusses
schreibt Dr. Cnard nach einer Abhandlung im Brand'schen „Archiv
für soziale Gesetzgebung und Statistik“: Das Leben ist mit einem
fortwährenden Verbrauch an Energie verbunden; beständig wird im
lebenden Organismus Spannkraft in lebendige Kraft verwandelt.
Die erforderliche Spannkraft liefert die Verbrennung der orga-
nischen Substanzen im Körper, der Stoffwechsel. Eine der Auf-
gaben der Ernährung ist, beständig und in ausreichendem Maße
neue verbrennbare Substanzen der Lebensflamme zuzuführen. Prüfen
wir nun die Kost der armen Klassen, insbesondere der vermögens-
losen Stadtbewohner, so finden wir, daß sie den hygienischen An-
forderungen durchaus nicht entspricht. Sie ist durchgehends zu
einförmig, zu voluminös, zu schwer verdaulich, verlockt zu wenig
zum Genuß, fordert zu viel Arbeit zur Assimilation. Alle Haus-
haltungsbudgets dieser Klassen, die ermittelt worden sind, lehren,
zusammengerechnet mit dem Preise der Nahrungsmittel, daß diese
Klassen in der That nicht über die Geldmittel verfügen,
sich eine rationelle Kost zu verschaffen. Da bietet sich nun
der Alkohol an. Er verbrennt, wie heute als sicher festgestellt an-
gesehen werden kann, zum allergrößten Theile im Körper und giebt
ihm dabei seinen reichen Spannkraftsvorrath ab. In kleinem Volumen
liefert er viel Energie. Ihn zu verzehren gewährt Genuß. Seine
Aufnahme in die Säfte des Körpers erfolgt leicht und rasch. Statt
zu beschweren, täuscht er uns, noch weit über das Maß seiner wirk-
lichen Leistung hinaus, Erleichterung, Wärme, Kraft vor. Ein ar-
beitender Mann, der nur ein Zehntel Liter 50proc. Alkohol verzehrt,
deckt damit etwa ein Zehntel seines gesammten täglichen Spannkraft-
bedarfs und führt darin seinem Leibe ebensoviel Spannkraft zu,
wie in 35 Gramm Speck, 71,6 Gr. Mais, 119 Gr. gedörrtem
Weizenmehl, 122 Gr. Roggenbrod, 288 Gr. Kartoffel, 334 Gr. ge-
dörrtem Reis, 405 Gramm Milch u. s. w. Welches Verhängniß,
daß ein in dieser Hinsicht so werthvoller Stoff fürstbare Gift-
wirkungen entfaltet, daß er daher trotzdem den Ehrennamen „Näh-
rungstoff“ nicht verdient. Aber man begreift, warum man sich so
schwer seiner entwehrt. Ein gewisses Maß von Lustempfindung ist
zum Leben unentbehrlich; wenn nicht anderes, muß es der Alkohol
verschaffen. Hat man es genossen, dann trägt man auch das
Schwere eine Spanne weiter. Erwägt man dies, dann kommt
man zu einem auf's tiefste beschämenden, erschütternden Schlusse.
Mag man die idealen Güter, die auch dem Armmsten unverlierbar
sind und ihm das Leben erträglich machen können, so hoch an-
schlagen als man immer will, man wird sich der Wahrheit nicht
verschließen können, daß der Alkohol mit ein Fundament
unserer heutigen Gesellschaftsordnung ist und bleibt, wenn
der Staat nicht sozialpolitisch eingreift. So gelangt man zu dem
Schlusse, daß man nicht holt und vor Allem nicht drakonisch in
der Trunksuchtfrage vorgehen darf. Gewiß muß der Staat den
Kampf mit dem Alkohol, diesem Vernichter von Allem, was gut
und tüchtig ist in uns, mit allem Ernste aufnehmen. Aber seine
oberste, unausweichliche Aufgabe dabei ist die Sorge für Ver-
besserung der wirtschaftlichen und sozialen Lage der
Befehlsten.

Der Großbetrieb im Hotelwesen. Chicago's Stolz ist
das Palmer House, das größte und berühmteste seiner Hotels,
welches an der Südseite der State- und Monroestraße steht. In
diesem Hotel ist auch bei ganz ruhigen Zeiten das Treiben ein so
lebhaftes, wie wohl in keinem zweiten der Welt. Man braucht nur
zu irgend einer Tagesstunde die große runde Halle zu betreten,
in der das Bureau sich befindet, und man wird sie stets so voll finden,
daß es viele Mühe kostet, sich durch das große Gedränge hindurch-
zuwinden. Zur Nachtzeit, namentlich in der Stunde vor und nach
dem Theater, wenn alle Räume in dem hellsten Lichterglanz er-
strahlen, ist ein Gang durch dieses Hotel allein schon eine Sebens-
würdigkeit, die nicht in jeder großen Stadt zu haben ist. Potter
Palmer, der Begründer des Hotels, begann mit dem Bau, als
noch die Höhe vom großen Feuer in den Trümmern des alten
Hauses warm war, es dauerte aber trotzdem zwei Jahre, ehe das
neue Hotel eröffnet werden konnte. Das Hotel sammt der Einrich-
tung kostete nicht weniger als 2500000 Dollars, 10 Millionen
Mark, und der Werth des Bodens, welchen es bedeckt, wird auf
mindestens eine Million Dollars veranschlagt. Es ist das größte
Hotel in Chicago, sechs Stockwerke hoch, enthält 815 Zimmer und
kann zu jeder beliebigen Zeit 1000 Gäste beherbergen, ohne be-
sondere Vorrichtungen aufstellen zu müssen. Seine Front an der
Statestraße hat eine Länge von 281 Fuß, die an der Monroestraße
253 Fuß, und die des sich nach der Babalß Avenue erstreckenden
Flügels 131 Fuß. Die große Halle oder Rotunde mißt 64 und
106 Fuß in Länge und Breite. Die an der Statestraße befindliche
Vorhalle ist 28 Fuß breit und 70 Fuß lang und das Gefäß der

selben ist aus 28 verschiedenen Farben zusammengefaßt. In der
Halle und den Vorhallen ist eine Stadt im Kleinen geborgen,
wo zahlreiche Geschäfts- und Gewerbsleute ihre Läden aufgeschlagen
haben und von den Gästen allein sich gutes Einkommen sichern.
Aber findet man dasselbe auch in den anderen großen Hotels der
Stadt, in keinem aber in so ausgebreiteter und mannigfaltiger Weise.
Alles, was ein Reisender zur Bequemlichkeit braucht, kann er da
finden und kaufen nota bene wenn es ihm nicht an dem nöthigen
Gelde mangelt. Drei Telegraphengesellschaften haben ihre Ange-
stellten dort, die bereit sind, Depeschen bis in den entferntesten
Winkel der Erde, in dem eine Telegraphenstange zu finden ist, zu
versenden. Ein Bureau verkauft Fahrkarten für alle Eisenbahnen
und giebt jede gewünschte Auskunft. Will man einen Brief dik-
tiren, so ist stets ein Schreiber bereit, die Pflichten des Sekretärs
zu übernehmen und ist man in besonderer Eile, um eines Steno-
graphen zu bedürfen, so wird man auch einen solchen immer an
der Hand finden. Mit Chicagoer und fremden Zeitungen kann
man sich an dem Zeitungs- und Bücherstand versorgen, insofern
man es nicht vorzieht, vom freien Leselabirnet des Hotels Ge-
brauch zu machen, in dem stets eine große Auswahl vorhanden ist.
Falls man auf der Reise sehr beschmugt worden ist, kann man sich
sogar einem Reinigungsprozess in dem antihygienischen Bade-
und Frisir-Etablissement unterwerfen lassen. Diese Bades- und Frisir-
anstalt ist wohl die großartigste der Welt. Der Frisirsalon fällt
schon von der Monroestraße aus durch seine prächtige und kost-
bare Einrichtung auf, zumal Nachts, wenn er von hunderten von
Gasflammen erleuchtet wird. Der Besitzer dieser beiden Anstalten
hat sich einen solchen Reichthum erworben, daß er sich den Luxus
erlauben konnte, den Fußboden der Frisiranstalt mit Silberhaltern
selbst auszumachen zu lassen. In der Mitte eines jeden Rosafl-
steins auf dem Fußboden ist ein Silberdollar eingetaucht, während
die ganze Einrichtung auf das Auffallenste zeigt, daß kein Geld
bei Anschaffung derselben gespart worden ist. Etwa zwei Duzend
Barbiere sind Tag und Nacht an der Arbeit, während zwei
befrachte „farbige“ Mitglieder der Vereinigten Staaten sich be-
mühen, die Kleider der rasirenden Gäste von Staubföhrchen zu be-
freien und ein halbes Duzend anderer Afrikaner bemüht ist, den
Schuh der Gäste einen solchen „shine“ zu geben, daß sie stets
mit großem Glanz auftreten können. Ist man nicht geneigt, hier
seine Stiefel putzen zu lassen, so kann man sich in ein neben der
Rotunde des Hotels gelegenes Vorzimmer begeben, wo acht oder
zehn Mann es „profitable“ genug finden, davon zu leben, daß sie
die Schuhe der Gäste reinigen. Das Hotel hat einen 40 bei 140
Fuß großen Ballsaal, ein 60 bei 30 Fuß großes Klubzimmer und
einen großen Speisesaal, der 64 Fuß breit und 76 Fuß lang ist.
Dabei ist das Hotel nicht etwa nur von einer Krönung besetzt,
es hat auch kolossale Reichen von Zimmern mit mäßigen Preisen.
Das ist der Großbetrieb auch auf dem Gebiete des Hotelwesens.
Daß er sich auch bei uns reichend ausbreitet, das lehrt in Berlin
und in jeder Großstadt ein einziger Blick. Wieviel kleine Be-
triebe mag aber ein solches Neben-Etablissement wie das Chic-
goer unmöglich machen oder verschlingen? Und wo ist hier der
beschäftigte Arbeiter, der Hotelkellner, der „Bedienstete“, der fern-
hin Hoffnung hätte, bei solchen Zuständen in seinem Gewerbe noch
selbständig zu werden, selber einmal mit seinen „Crisparnissen“
ein konkurrenzfähiges „Gothaus“ zu eröffnen? Die Ausbreitung
des Großbetriebes auf diesem Gebiet raubt wiederum einer großen
Zahl von Menschen die Hoffnung, selber einmal Unternehmer zu
werden. Und es ist ganz gut so, denn dadurch nimmt die Zahl
der Leute ab, welche im Kampfe gegen die Arbeiter die Unter-
nehmerinteressen verteidigen. Es wird Arbeit unter den Arbei-
tern geschaffen und die Widerstandsfähigkeit der Herrschenden
nimmt ab.

Briefkasten.

Listen zum Sammeln von Abonnenten sind
jederzeit auf unserer Expedition zu erhalten und werden
auch gratis übersandt.

Auswärtiger Abonnent. Wenn die Genossen auswärts
in die Lage kommen, sich für die Einführung dieses oder
jenes Blattes zu entscheiden, so hat unbedingt nur der Inhalt
der in Frage kommenden Blätter maßgebend zu sein. Zeitungen
sind nicht dazu da, für diesen oder jenen ein paar Groschen ab-
zuwerfen, sondern lediglich dazu, um die Massen aufzuklären und
um sie zu agitiren. Nach dieser aufklärenden und agitirenden
Wirkung sind sie ausschließlich zu beurtheilen; mischen sich hier-
bei Nebenrücksichten irgendwelcher, insbesondere geschäftlicher
Art mit ein, so ist das Corruption schlimmster Art. Wenn
hier der Geschäftssozialismus auch noch Triumphe zu feiern
berechtigt wäre, so dürften wir uns nicht wundern, wenn demnächst
ein Pfiffikus ein bloßes Annonzenblatt herausgäbe, und wenn
einzelne gutmüthige Genossen in diesem Falle es gar noch zur Pflicht
machten, nur Annonzen zu lesen, weil das „am meisten einbringt“ —
sei es für wen es auch sei. Es ist daher Pflicht der Partei-
genossen aller Orte, sich bei der Wahl ihrer Lektüre nur nach der
Güte des Inhaltes zu richten und jedes andere Ansehen
als eine schwache und niedrige Zumuthung zurück-
zuweisen. Wir wissen uns hierin mit allen Karbidenden und
anständigen Genossen einig, glauben aber doch, daß sie bisweilen
aus Gutmüthigkeit zu weit nachgegeben haben. Wo das geschehen
ist, hat Aenderung eingutreten.

Schweiz. Die Curri'sche Rede ist im Separatdruck bei
Schabelitz in Zürich erschienen. Gegen Einsendung von 25 Pfg.
dürften Sie dieselbe portofrei zugesandt erhalten.

Belagerungszustand. Der „Kleine“ bestand in Berlin,
Hamburg, Leipzig, Stettin, Frankfurt a. M., Offenbach, Spremberg,
Rat Spremberg ist die Maßregel nach zweijährigem Bestande im
Mai 1888 nicht wieder erneuert worden. In Leipzig gilt sie nach
der im vorigen Monat stattgehabten Erneuerung bis Juni 1889.
Auch die Endtermine des keinen Belagerungszustandes in Frank-
furt, Offenbach und Stettin liegen über den 30. September 1888
hinaus. Er ist nämlich für ein weiteres Jahr verlängert worden:
in Frankfurt Mitte Dezember 1887, in Offenbach und Stettin An-
fang Februar 1888. Nur für Berlin und Hamburg sind also Aus-
gang September neue Beschlüsse seitens des Bundesraths zu fassen.

Lebenbürger. Das Abrechnen wird nicht leicht sein. Viel-
leicht können Sie deutsche Briefmarken aufreihen und schicken.

Zehnter Wahlkreis. Im 6. Berliner Reichstags-Wahl-
kreis wurde am 21. Februar 1887 Hasenclever (Sozialdemokrat)
mit 30453 Stimmen gewählt. Auf den deutschfreisinnigen Kandi-
daten fielen 11750, auf den konservativen 16836 Stimmen. Eine
Stichwahl fand nicht statt. 1884 erhielt die Sozialdemokratie
24258 Stimmen (also 1887 über 6000 mehr), der Freisinn 13782
(also 1887 2000 weniger), der Konservative 12801 Stimmen
(1887 also 4000 mehr). Die Kandidaten waren 1884: Hasenclever
(Sozialdem.), Klotz (frei.), Irmer (kons.), 1887: Hasenclever,
Grelling (frei.), Klotz (kons.).

Veget. Dendrologie heißt übersetzt „Gehölzkunde“. Ein „den-
drologischer Garten“ würde also allerlei Gehölze, Sträucher und
Stauden bieten.

Die auswärtigen Expeditoren bitten wir, mit den Ab-
rechnungen nicht zu säumig zu sein.